Jürgen Ibs
Vom zünftigen Gesellen zum handwerklichen „Lohnarbeiter"

Hintergründe der Entstehung der frühen Itzehoer Arbeiterbewegung

1845 wurde in Itzehoe ein Gesellenverein ins Leben gerufen, 1848 ein Gesellenkrankenverein gegründet, daneben existierte ein Lehrlingsverein.[1] Daß es auch in Itzehoe diese Frühformen der modernen Arbeiterbewegung gegeben hat, die vor 1848 hauptsächlich von Handwerksgesellen getragen wurde, ist bisher kaum bekannt. Das mag am im Vergleich mit anderen holsteinischen Städten auffallend zurückhaltenden politischen Auftreten der Itzehoer Arbeiterbewegung gelegen haben. Itzehoe gilt im Vormärz nach Meinung der Zeitgenossen ohnehin auch im Hinblick auf die bürgerliche Bewegung als politisch ruhige Stadt, ein Umstand, dem sie die Wahl zum Standort der holsteinischen Ständeversammlung verdankt.[2] Während aber die bürgerliche Bewegung bis zur Erhebung durch Einzelpersönlichkeiten wie Georg Löck, durch das Itzehoer Wochenblatt und durch den Bürgerverein (1847) sowie den Deutschen Verein (1848) zu einem politischen Faktor wurde, spielte die Bewegung der Handwerksgesellen keine Rolle.

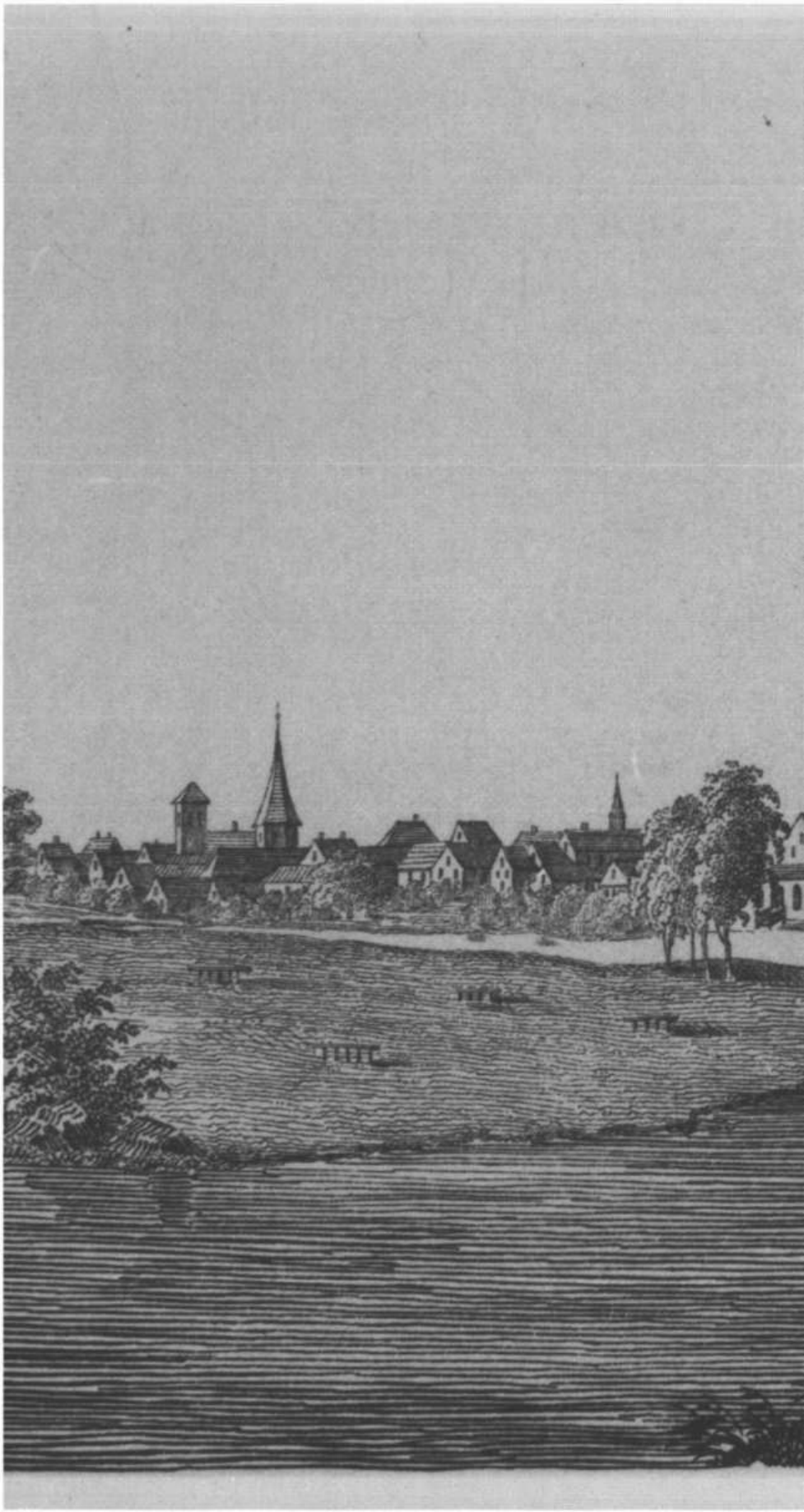
Wenn auch die Handwerker- bzw. Arbeiterbewegung in einigen anderen holsteinischen Städten ein prägnanteres politisches Profil zeigten als in Itzehoe — zu nennen ist hier vor allem Altona —, so können sie sich durchaus nicht mit den Entwicklungen in den höher industrialisierten Gebieten, z.B. Sachsen und Berlin, messen. J. H. Gümpel, ein führendes norddeutsches Mitglied der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung, der ersten größeren Organisation der deutschen Arbeiterbewegung, schreibt 1849 über Holstein: *„Wie im allgemeinen die rein*

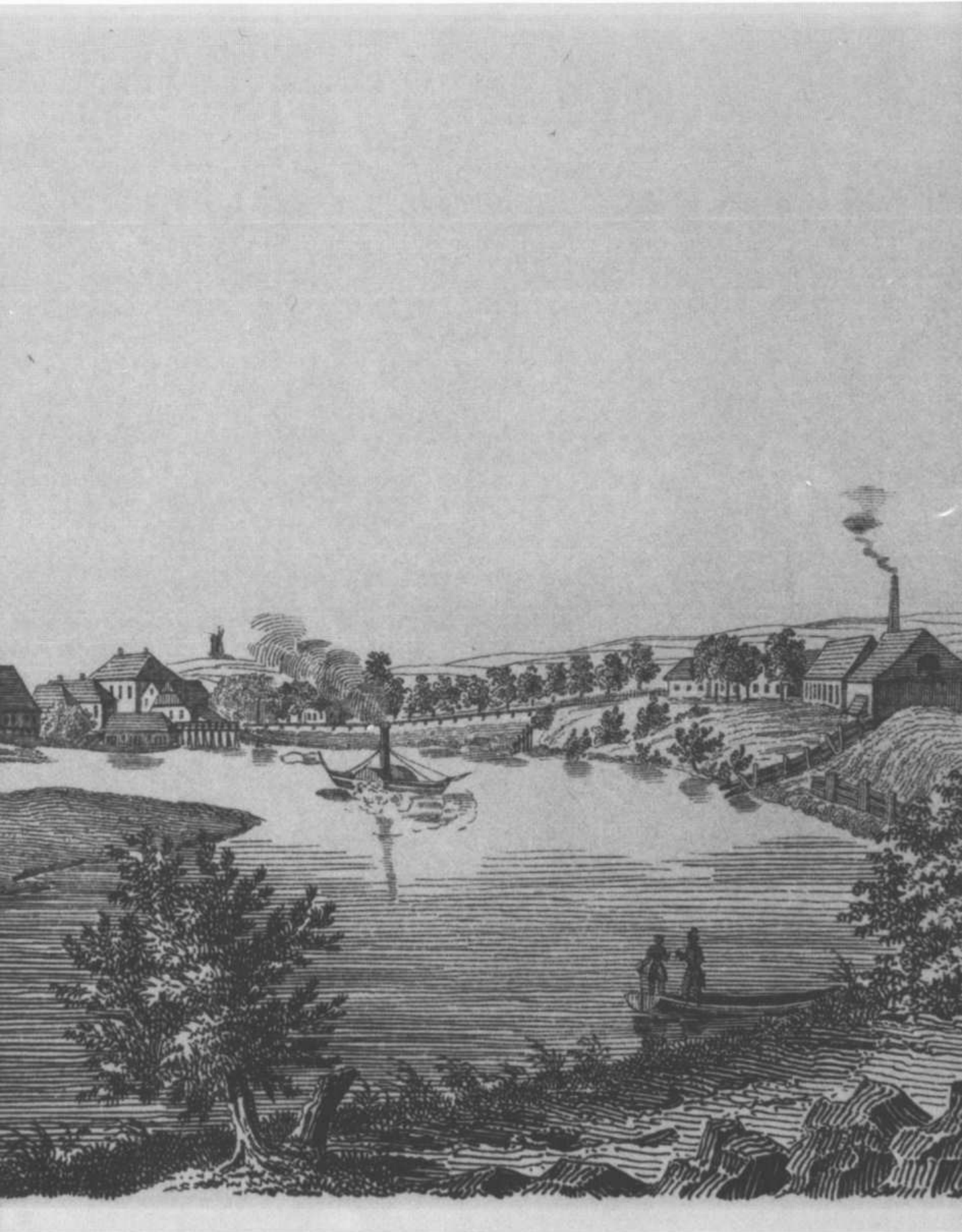
Schleswig-Holstein heute

[1] Gesellenverein: Itzehoer Wochenblatt (IW) vom 17.4.1845 und vom 22.4. 1847; — Lehrlingsverein: IW v. 4. 12. 1845; — Gesellenkrankenverein: Stadtarchiv Itzehoe (StA Itz) 9, 4 (1-2) von 1847.

Der Marktplatz Itzehoes um 1840. Darstellung von L. Mertens (Quelle: Landesbibliothek). Links ist das Rathaus mit dem Weinkeller im Untergeschoß zu erkennen; dahinter das 1835 errichtete Ständehaus, das erste eigens zu diesem Zweck erbaute Parlamentsgebäude der Herzogtümer. Der große Bau bedeutete nach langer Krisenzeit für die Maurer der Stadt eine wichtige Einnahmequelle. In der Mitte des Bildes liegt die Nikolaikapelle — zu dieser Zeit schon als städtisches Gefängnis genutzt.

Itzehoe zu Beginn der vierziger Jahre des 19.Jahrhunderts. Stadtansicht v. I. Gäädt (Quelle: Landesbibliothek).
Der störaufwärts gerichtete Blick ist auf die von der Stör umflossene Neustadt gerichtet. Dahinter ragen die größeren Gebäude der Altstadt und der stumpfe Turm der St. Laurentiuskirche hervor. Links führt die Schweinebrücke von der Neustadt auf den Schweinebrook, der ehemaligen Schweineweide der Bürger. Im Vordergrund sind die Anlagen eines Reitplatzes zu erkennen. Der große spitze Turm gehört zur Nikolaikapelle in der Neustadt, der kleine spitze Turm zur St. Jürgenskapelle am nordöstlichen Ausgang der Altstadt. Aus der Neustadt führt rechts die Delftorbrücke auf die Straße nach Hamburg; über ihr ist im Hintergrund die Coriansberger Mühle zu erkennen.
Vor dem Delftor liegen die langgestreckten Fabrikgebäude, die 1841 bis 1843 von der Nagelfabrik Kentzler & Co. und ab 1844 von der Maschinenweberei der Gebrüder Feldmann belegt waren. Mit der Nagelfabrik kam die erste ortsfeste Dampfmaschine in die Stadt. Seit der Gründung der Maschinenweberei Feldmann trieb dieselbe 5 PS starke Maschine 40 Webstühle an.
Vor der Fabrik fährt das 45-50 PS starke Dampfschiff „Die Stör", das die erste schnelle, bequeme und regelmäßige Verbindung von Itzehoe nach Hamburg herstellte, bedeutend vor allem für die Itzehoer Fabrikanten und Kaufleute. Diese moderne Reisemöglichkeit zum Hamburger Markt durch das als sehr schnell geltende Schiff stellte einen wichtigen Impuls für die Industrialisierung der Stadt dar. Durch die Eisenbahn Elmshorn-Glückstadt wurde die Schiffslinie verdrängt.





politischen, so sind auch die mehr oder weniger politischen Arbeitervereine nur spärlich oder gar nicht anzutreffen."[3] Dabei traten die Insten Ostholsteins ungleich stärker politisch in Erscheinung als die städtischen Handwerker und Arbeiter.[4]

Den historischen Ausgangsort für die Gesellen auf dem Weg zur modernen Arbeiterbewegung stellte die traditionelle Zunftverfassung dar. Ähnlich wie in Hamburg[5] wurden in den Herzogtümern die Zünfte und der Zunftzwang im Vergleich z.B. mit Preußen mit erheblicher Verspätung endgültig aufgehoben. Erst als preußische Provinz erhielt Schleswig-Holstein 1867 die Gewerbefreiheit. Der aber schon früher, Ende des 18. Jahrhunderts allmählich einsetzende Zerfall der zünftigen Handwerksverfassung[6] deckte sich in seiner Endphase mit der frühen Industrialisierungsphase, die vergleichsweise spät in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts einsetzte[7]. Das Handwerk dominierte die gewerbliche Wirtschaft zumindest bis zum Beginn der Industrialisierung. Die Zünfte waren Anfang des 19. Jahrhunderts für Meister und Gesellen noch soziales und rechtliches Band, verloren oder veränderten aber unter dem Einfluß äußerer politischer, sozialer und wirtschaftlicher Kräfte zunehmend ihre Funktion. Der zünftige Geselle mußte sich unter hohem politischen Druck an neue ökonomische und soziale Bedingungen anpassen. Gleichzeitig wandelte sich sein Bewußtsein. Am Ende dieses von S. Göttsch 1985 für die schleswig-holsteinischen Gesellen skizzierten Prozesses organisierten sich große Teile der Gesellenschaft außerhalb der Zünfte in Arbeitervereinen. Die

Manufaktur der Firma Ottens und Wulff. Zeichnung vom Anfang des 19. Jahrhunderts (Quelle: Kreis- und Stadtarchiv Itzehoe).
Ab 1806 hatte der Kaufmann Kroymann versucht, in diesen Gebäuden eine kleine Tabakfabrik zu betreiben. 1811 verkaufte er die Gebäude an den Kaufmann J. M. Ottens, der hier eine Cichorienfabrik einrichtete. Später wurde J. L. Wulff sein Teilhaber. 1815 wurden hier sechs Tagelöhner für die Herstellung von Ersatzkaffee aus Cichorien beschäftigt; 1843 waren es 29 Tagelöhner, Tagelöhnerinnen und Kinder. Die Fabrikanten ließen in der Umgebung große Mengen Cichorien anbauen, um die Einfuhrzölle zu umgehen. Für die Tagelöhner und Arbeitsleute der Stadt war die Fabrik der bedeutendste Arbeitgeber. Jährlich mußten die Cichorien auf den Feldern angebaut, bearbeitet, und geerntet werden. In der Fabrik wurden die Wurzeln getrocknet, gedörrt und gemahlen. In Papiertüten verpackt kamen sie in den Handel. (Vgl. R. Gieseler, Itzehoe, Geschichte einer Stadt in Schleswig-Holstein, Bd. I, hrsg. v. d. Stadt Itzehoe, Itzehoe 1988, S. 98.)

Meister artikulierten sich parallel in Gewerbekongressen und -vereinen.[8]

Aber der Entstehungsprozeß der Arbeitervereine war nicht nur, wie von S. Göttsch dargestellt, von den Arbeitskonflikten geprägt, sondern auch von den neuen politischen Ideen der Vormärzzeit. Für die Itzehoer Gesellen mündeten die Vorgänge vorläufig in dem Versuch der Neuorientierung im Gesellschaftsgefüge der Erhebungs- und Revolutionsjahre 1848/49.

Der Entstehungsprozeß der modernen Itzehoer Gesellenorganisationen im Spannungsfeld der ökonomischen, sozialen und politischen Faktoren kann uns Hinweise für die Gründe des relativ verhaltenen Auftretens der Arbeiterbewegung am Ort geben.

Den Abschluß der Untersuchungen bildet das Ende der Erhebungszeit 1851. Dies stellt zwar keinen wesentlichen Einschnitt in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung dar, aber nach der endgültigen Niederlage der Schleswig-Holsteiner 1851 finden sich kaum mehr Spuren über die weitere Tätigkeit der Handwerksbewegung.

Das Aufbrechen der Zunftsolidarität Die Lohnverhandlungen der Bauhandwerker von 1805-1843

Die überlieferten Schreiben aus den Auseinandersetzungen um die Bauhandwerkerlöhne in Itzehoe, hier vor allem für die Maurer und Zimmerer, spiegeln die Wandlungen der Stellung der Handwerksgesellen im wirtschaftlichen und sozialen Gefüge der Stadt in der ersten Hälfte des 19.Jahrhunderts wider. Das ist durch die doppelte Funktion der Löhne, deren Höhe im Interesse verschiedener Gruppen und Institutionen lag, als Einkommen oder Kostenfaktor begründet. Die Argumentationen in den Konflikten lassen die Organisationsform, den Bewußtseinsstand und den Einfluß der Gesellen erkennen.

Für die eine Seite, für die Gesellen, stellten die Löhne das Einkommen dar, für die andere Seite, für die Meister , waren sie Kosten. Für die Meister stand aber nicht immer die Kostenfunktion im Vordergrund, denn sie bekamen die Löhne ersetzt. *„Das Handwerk, dessen Leistungen heute wesentlich über Preise vergütet werden, ... war früher überwiegend ‚Lohnwerk'. Seine Dienste wurden nach Stunden Tagen, Wochen berechnet und bezahlt, so etwa bei den Bauarbeiten..."*[9] Die Meister partizipierten auch am Gesellenlohn, denn ein Teil stand ihnen als Meistergeld zu. In dem hier behandelten Zeitraum wurden die Löhne zunehmend zu Kostenfaktoren für die Meister. Für Meister und Gesellen hatte diese Entwicklung weitgreifende Folgen. Welche Gründe für den Funktionswandel der Löhne verantwortlich sind, wird weiter unten ersichtlich. Für den Bauherren, die dritte Gruppe, bedeuteten die Löhne den Hauptkostenfaktor.

Neben den genannten Gruppen waren die Aufsichtsorgane des Staates an der Lohnfestsetzung beteiligt. Das waren der Magistrat mit dem Bürgermeister und die Regierungbehörden. Hier war der Statthalter bzw. später die Schleswig-Holsteinische Regierung als Durchlaufbehörde zuständig; die Entscheidungen traf die Deutsche Kanzlei (ab 1806 Schleswig-Holsteinische und ab 1816 Schleswig-Holstein-Lauenburgische Kanzlei

[2] R. Irmisch, Geschichte der Stadt Itzehoe, Itzehoe 1960, S. 265.

[3] Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung 1848-1850, Dokumente des Zentralkomitees für die deutschen Arbeiter in Leipzig, bearb. von H. Schlechte, Weimar 1979, S. 245.

[4] H. V. Regling, Die Anfänge des Sozialismus in Schleswig-Holstein, Neumünster 1965 (QuF 48), S. 83.

[5] A. Herzig, Kontinuität und Wandel der politischen und sozialen Vorstellungen Hamburger Handwerker 1790-1870, in: Handwerker in der Industrialisierung, hrsg. v. U. Engelhardt, Stuttgart 1984 (Industrielle Welt 37), S. 294.

[6] O. Kettemann, Handwerk in Schleswig-Holstein, Neumünster 1987 (Studien zu Volkskunde und Kulturgeschichte Schleswig-Holsteins 18), S. 37. — Nach H. O. Ahlf konnte sich die gesamtstaatliche Regierung erst nach 1800 und nur zögernd zu liberalen Reformen im Handwerk entschließen, nachdem sie erste Liberalisierungen im Handel Ende des 18. Jahrhunderts eingeführt hatte. Erste Zugeständnisse wurden 1805 dem Landhandwerk gemacht, die zur faktischen Gewerbefreiheit auf dem Land führten. Ab 1830 ging die Regierung dazu über, auch das städtische Handwerk rechtlich liberal auszugestalten. H. O. Ahlf, Das schleswig-holsteinische Stadthandwerk in seiner Entwicklung zur Gewerbefreiheit, Diss. Kiel 1926, S. 14/15. — Die Itzehoer Entwicklung zeigt, daß praktisch schon ab etwa 1800 Kräfte der Regierungspolitik auf Liberalisierungen drangen. Hier bestätigen sich die Widersprüche im Gewerbesektor zwischen Gesetzesgrundlagen und wirtschaftlicher Realität, zu der die Mischung merkantilistischer und liberaler Elemente der Wirtschaftspolitik geführt haben. J. Brockstedt, Grundzüge der gewerblichen Entwicklung in Schleswig-Holstein 1773-1867, in: Gewerbliche Entwicklung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark von der Mitte des 18.Jahrhunderts bis zum Übergang ins Kaisserreich, hrsg. v. J. Brockstedt, Neumünster 1989 (SWSG 17), S. 16.

genannt). Ab 1848 traten nacheinander die provisorische Regierung, die Gemeinsame Regierung und die Statthalterschaft an deren Stelle. Die staatlichen bzw. städtischen Organe mußten das gesamte Gefüge der Stadtwirtschaft sowie die gesellschaftliche Ordnung vor allem im rechtlichen Sinne im Auge haben.

Von den Bauhandwerkern sind als einziger Berufsgruppe aus Itzehoe die vereinbarten Tagelohnsätze aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts überliefert. Sie handelten ihre Lohnsätze innerhalb der Zunft durch die Gesellenschaft, ihrer Zunftorganisation, mit den Meistern aus.[10] Die Tradition bestimmte die Löhne mit und trug so wesentlich zur Stabilität der Lohnsätze bei.

Die Löhne hatten für die Bauhandwerker eine besondere Bedeutung. Die Aufstiegsmöglichkeit zum Meister war in ihren Zünften immer begrenzt. Das lag an der Gewerbestruktur, denn eine Kommune brauchte nur jeweils eine bestimmte Zahl von Meistern, um die erforderlichen Bauarbeiten durchzuführen. Die Zahl der Meister wurde durch die Zunftordnung, sei es durch Festlegung einer Meisterzahl (geschlossene Zunft) oder durch andere Maßnahmen wie überhöhte Meisterprüfungsanforderungen begrenzt.[11] Wegen dieser Verhältnisse durften sich die Gesellen nach der Wanderzeit auch verheiratet in den Städten niederlassen. Damit besaßen sie ein Sonderrecht, denn in den meisten anderen Zünften war das erworbene Meisterrecht die Voraussetzung für die Seßhaftigkeit. Diese Regelung wurde aber in allen Zünften in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zunehmend durchbrochen.[12] Die zahlreichen ortsfesten, verheirateten Bauhandwerkergesellen mußten von den gezahlten Löhnen ihren gesamten Unterhalt einschließlich Miete und Abgaben aller Art bestreiten. Die wandernden Gesellen der eigenen sowie der anderen Zünfte wohnten meistens während ihrer Anstellungszeit bei den Meistern und bekamen einen festen Lohn für diese Zeit, von dem ein Betrag für Unterkunft und Logis abgezogen wurde.

Führend in den Lohnverhandlungen der Bauhandwerker in Itzehoe waren in der Regel die Maurer, als weitere Gewerke übernahmen die Zimmerer und bis 1810 auch die Tischler die Vereinbarungen. Auch die Löhne der Pflegeleute (Tagelöhner) orientierte sich wenn auch auf niedrigerem Niveau an den ausgehandelten Lohntaxen.[13]

Lohnerhöhungen um 1800

Um die Jahrhundertwende wurden nicht nur in Itzehoe von den Regierungen im Zuge von Lohnstreitigkeiten Entscheidungen getroffen, die die Lohnverhandlungen der nächsten Jahrzehnte strukturieren sollten.[14]

Hintergrund der grundlegenden Lohnauseinandersetzungen bildete das hohe Preisniveau am Ende des 18. Jahrhunderts. So hatten in Hamburg 1795 die Schuhmacher-, Zimmerer-, Maurer- und die im Tagelohn arbeitenden Schneidergesellen, in Kiel, Glückstadt (Hauszimmergesellen) 1795 und in Itzehoe 1805 die Bauhandwerker mit dem Argument gestiegener Lebenshaltungskosten höhere Löhne gefordert. In allen Orten wandten sich die Magistrate gegen höhere Löhne. In Hamburg schränkte

[7] J. Brockstedt, Frühindustrialisierung in den Herzogtümern Schleswig und Holstein, in: Frühindustrialisierung in Schleswig-Holstein, anderen norddeutschen Ländern und Dänemark, hrsg. v. J. Brockstedt, Neumünster 1983 (SWSG Bd.5), S. 77, und K.-J. Lorenzen-Schmidt, Frühe Industrialisierung im Unterelberaum, in: ebd., S. 144/145.

[8] S. Göttsch, Auf Brüder laßt uns wandern ... , in: KBll XVII (1985), S. 44.

[9] W. Abel, Neue Wege der handwerksgeschichtlichen Forschung, in: Handwerksgeschichte in neuer Sicht, hrsg. v. W. Abel, Göttingen 1978, S. 8/9.

[10] Die Regelung von 1632, nach der der Tagelohnsatz an den Roggenpreis gebunden war, bestand Ende des 18. und Anfang des 19.Jahrhunderts nicht mehr. Vgl. zu 1632 Löhne im vor- und frühindustriellen Deutschland, hrsg. v. H.-J. Gerhard, Göttingen 1984 (Göttiger Beiträge zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte 7), S. 6.

[11] 1817 führt der Itzehoer Bürgermeister als Grund für die geringen Aufstiegschancen zum Meister an, daß die Maurer- und Zimmerergesellen keine Gelegenheit bekämen, das in der Meisterprüfung geforderte Zeichnen eines Risses zu erlernen. LAS 65.2, 795 II. Darüberhinaus kann der Zugang zur Existenz als Meister auch durch hohe Gebühren für die Meisterprüfung erschwert worden sein. Die Bauhandwerkerzünfte waren in Itzehoe im 19. Jahrhundert nicht geschlossen, d.h. die Meisterzahl war nicht durch die Zunftordnung auf eine bestimmte Zahl beschränkt.

[12] S. Göttsch, Auf, Brüder, S. 39.

[13] StA Itz 220, 16 (—), 1821; während die Gesellen 24 ß pro Tag erhielten, bekamen die Pflegeleute 1821 12-14ß.

[14] Zum Folgenden: A. Herzig, Organisationsformen und Bewußtseinsprozesse Hamburger Handwerker und Arbeiter in der Zeit von 1790-1848, in: Arbeiter in Hamburg, hrsg. v. A. Herzig, A. Sywottek, D. Langewiesche, Hamburg 1983, S.97-100; — G. Krämer, Frühe Arbeiterbewegung und Arbeiterbildung in Altona, in: Schleswig-Holsteins Weg in die Moderne, hrsg. v. I. Mommsen, Neumünster 1988, S. 333; — S. Göttsch, Auf, Brüder, S. 42/43; — F. Hähnsen, Geschichte der Kieler Handwerksämter, Kiel 1920 (MKStG 30), S. 456/457; — zu Itzehoe: StA Itz 220, 1 (3).

der dortige Magistrat als obere Regierungsbehörde die Autonomie der Zünfte ein.[15] In Kiel und in Itzehoe riefen die städtischen Obrigkeiten die Deutsche Kanzlei zu einer Entscheidung auf. Die Kanzlei entschied sich jeweils gegen die Magistrate und bestimmte, daß die Lohnverhältnisse einzig der freien Entscheidung zwischen Meistern und Gesellen überlassen bleiben sollten.[16] Sie traf damit letztlich eine liberale Entscheidung[17]; in der Wirkung konnten die Zünfte sich aber in ihrer im 18. Jahrhundert von seiten des Staates immer mehr eingeschränkten Autonomie gestärkt sehen. Daß die Entscheidung einem liberalem Gedanken entsprungen war, zeigt sich in der Erklärung zu den Lohnauseinandersetzungen 1810 in Itzehoe (s.u.).

In Itzehoe wurden 1805 die Löhne *„um 4 ß auf 28 ß Tagelohn für eine Arbeitszeit von 5 Uhr morgens bis 6Uhr abends erhöht, das sind ohne die einstündige Vesperzeit vormittags und ohne die einstündige Mittagspause 11 Stunden."*[18] Während der Vesperzeit sollten die Gesellen nun aber arbeiten, vorher pflegte der Bauherr 2 ß an die Gesellen zu zahlen, damit die Gesellen die Pause durcharbeiteten. Das Meistergeld wurde von 2 ß auf 4 ß erhöht,[19] der Feierstundenlohn betrug 2 1/2 ß inclusive Meistergeld.[20] In der Lohnauseinandersetzung von 1820/21 (s.u.) führten die Gesellen noch an, daß seit 1805 nicht mehr die Meister, sondern sie selbst die Arbeitsgeräte anschaffen müßten.[21]

In bezug auf die Lohnerhöhung von 1805 bestand kein Interessengegensatz zwischen Meistern und Gesellen. Den Meistern wurde der Tagelohn, den sie den Gesellen zahlen mußten, erstattet, d.h. den Bauherren wurde die Rechnung nach der geleisteten Arbeit in Tagwerken und Stunden ausgestellt. Durch die Erhöhung des Meistergeldes profitierten die Meister sogar noch von der Lohnerhöhung von 1805.

Der Itzehoer Magistrat vertrat in der Auseinandersetzung die Interessen der Bauherren, die zur politisch bestimmenden Schicht der Stadt gehörten, und versuchte, den Einfluß der Zünfte auf die Löhne zurückzudrängen.

Er erlangte darin 1810 auch einen Teilerfolg bei dem Vorhaben, einen gesetzlich festgelegten Lohn einzuführen. Er hatte versucht, einseitig den Lohn gegen den Willen der Meister und Gesellen des Baugewerbes durch eine städtische Verordnung zu senken.[22] Dagegen erhoben die Handwerker Einspruch bei der Regierung, die daraufhin den Magistrat tadelte und ihn zwang, die Verordnung über die Lohnsenkung öffentlich zurückzunehmen.[23]

Der Statthalter und die Schleswig-Holsteinische Kanzlei sahen im Verhalten des Magistrats einen Verstoß gegen die Resolution von 1805, nach der es keine gesetzliche Lohntaxe geben sollte. Der Statthalter hielt gesetzliche Vorschriften nur dann für nötig, wenn keine Konkurrenz zwischen den Handwerkern stattfinde. Die liberale Linie von 1805 wurde noch bestärkt, indem die Lohnhöhe nun auch zur Sache der freien Vereinbarung zwischen Meistern und Bauherren gemacht wurde. Gleichzeitig bestätigte die Regierung, daß sich letztere auch an Meister aus anderen Städten wenden durften.[24] Den Bauherren wurde damit der Weg eröffnet, bei der Vergabe der Bauarbeiten Einfluß auf die zu zahlenden Löhne zu nehmen.

[15] A. Herzig, Organisationsformen, S. 99 und ders., Kontinuität, S. 302; – 1792 muß es auch in Itzehoe zu Unruhen der Gesellen gegen die Meister und die Obrigkeit gekommen sein, wie der Schlichtungsversuch des Statthalters zu erkennen gibt. StA Itz 198, 8 (—) v. 27.6.1792. Später wird von Seiten der Gesellen kein Bezug auf diesen Konflikt genommen. — 1795 waren auch die Löhne der Hauszimmergesellen in Glückstadt erhöht worden. LAS 65.2, Nr. 3538, f. 186 v. 16.Okt 1795.

[16] In der Itzehoer Entscheidung schließt sich die Deutsche Kanzlei der Empfehlung des Statthalters an. LAS 65.2, Nr. 3538, f. 186 u. 188.

[17] Vgl. zur Bewertung F. Hähnsen, Geschichte, S. 457, wonach die liberale Entscheidung in Kiel eine Überraschung für alle Parteien war, da aller amtlicher Einfluß ausgeschaltet wurde.

[18] StA Itz 220, 1 (3).

[19] LAS 65.2, Nr. 3538, f. 204; Schreiben der Gesellen in der Lohnauseinandersetzung 1820.

[20] Morgensprachenprotokoll des Maureramtes von 1810, StAItz Höhnck, Nr. 150.

[21] LAS 65.2, Nr. 6538, f. 204. v. 30.11. 1820.

[22] StA Itz 220, 3 (1) v. 17.März 1810.

[23] StA Itz 220 3 (3) v. 20. Juni 1810.

[24] LAS 65.2, Nr. 3538, f. 110 v. 14.Mai 1810.

Mit der Konkurrenz der Meister untereinander in der Kombination mit dem Einfluß der Bauherren konnten nun Elemente des freien Marktes ein starkes Gewicht bei der Lohnfestsetzung bekommen. Weniger der Lohn als vielmehr der Preis, den die Bauherren zu zahlen gewillt waren, stand jetzt im Vordergrund bei der Bezahlung der Handwerker, denn die Bauherren konnten Druck hinsichtlich der Löhne auf die Meister ausüben, wenn nur die Konkurrenz stark genug war.

Hinter dem Auftreten des Magistrats standen bei dieser Entscheidung das Achtmännerkollegium und die Kämmereibürger, Organe, die hauptsächlich die Rechnungslegung des Rates zu kontrollieren hatten, und die hier für die Bauherren sprachen. Glaubt man der Argumentation des Bürgermeisters Löhmann (1801-1815), der allerdings wegen seiner unglücklichen Amtsführung bekannt war[25], hatte der Magistrat seine Abwesenheit anläßlich einer Reise nach Hamburg genutzt, um gegen seinen Willen und gegen die Resolution der Deutschen Kanzlei von 1805 die Lohntaxe einzuführen.[26]

1816 versuchte abermals der Magistrat, nun unter Bürgermeister D. H. Rötger (1815-1837), die Löhne um *„4 ß für den Tag gegen den gemeinsamen Willen der Meister und Gesellen zu senken, weil, so sein Argument, die Preise für die Lebenshaltungskosten gegenüber dem Stand von 1805 gesunken seien. In seinem ablehnenden Bescheid verwiesen Statthalter und Kanzlei jetzt wieder auf den Beschluß von 1805."*[27] Die Solidarität der Meister mit den Gesellen erklärt sich vermutlich nicht nur dadurch, daß die Meisterinteressen unberührt blieben, sondern auch durch die Mißernte von 1816, die einen erheblichen Preisanstieg für Getreide und darüber eine Hungerkrise bewirkt hatte.[28]

Lohnsenkung 1820

1820 gaben endlich die Meister dem Drängen der Bauherren nach und kündigten damit die alte Zunftsolidarität. Die Bauherren klagten über die hohen Gesellenlöhne, und die Meister senkten daraufhin einseitig ohne Übereinkunft mit den Gesellen den Tagelohn.[29] Die Gesellen erhoben dagegen Einspruch beim Statthalter, ein Weg, der ihnen als Ersatz für das verbotene Schimpfen, das ist ein Boykott der Meister, gewiesen worden war.[30] Der Magistrat vertrat in der Auseinandersetzung wiederum die Meinung, daß auch die Bauherren an der Festsetzung der Löhne beteiligt sein müßten, und unterstützte die Meister. Er argumentierte mit gesellenfeindlicher Tendenz, daß nicht nur die Lebenshaltungskosten gegenüber 1805 gesunken seien, sondern daß der hohe Tagelohn den Meistern schade. *„Indessen sind jetzt die Maurermeister selbst darauf geführt, wie nachtheilig auch ihnen der unverhältnismäßig hohe Tagelohn sey. Bey einem Gesellenlohn, was mit den Feyerstunden und Trinkgeld auf 36 ß Cour. zu stehen kommt, und wo ... die Maurer- und Zimmergesellen sich durch Faulheit und Trägheit ausnehmen, müßte sich woll jeder, zumal bey diesen nahrlosen Zeiten entsehen, irgend einigen Bau zu wirken nehmen. Müßte das dennoch geschehen, so hütete sich jeder soviel als möglich vor einer Arbeit im Tagelohn, und jeder müßte es vorziehen, die*

[25] R. Hansen, Geschichte der Stadt Itzehoe, Itzehoe 1910, S.142.

[26] LAS 65.2, Nr. 3538, f. 194 v. 2.Juli 1810.

[27] StA Itz 220, 6 (1-2), v. März und Mai 1816.

[28] Vgl. zu den Hungerjahren 1816/17 W. Abel, Massenarmut und Hungerkrisen im vorindustriellen Europa, Hamburg, Berlin 1974, S. 314-343 mit weiteren Hinweisen. — Zur Hungerkrise 1816 in Itzehoe u.a. das Schreiben des Bürgermeisters vom 17.03.1817, StA Itz 161, 11 (2).

[29] StA Itz 220, 11 (1), vom 1.Oktober 1820.

[30] Chronologische Sammlung der Verordnungen und Verfügungen für die Herzogthümer Schleswig und Holstein (Chr. Slg.) v. 13.6.1792, Nr.51.

Arbeit dem Meister zu veraccordieren, wo denn bey der Concurrenz der Meister, die ganze Arbeit zu erhalten, was selten, nicht selten der Meister bey dem Accord entweder keinen Antheil oder vielleicht gar Schaden hatte. Daher vereinbarten sich zugleich die Meister unter sich, daß sie ihren Gesellen künftig 4 ß weniger geben."[31] Die Bauherren hatten demnach ihre mit den Beschlüssen von 1810 eingeräumten Chancen genutzt, Einfluß auf die Höhe der Tagelöhne zu nehmen, indem sie die Arbeit öfter im Akkord vergaben und so die Tagelohnsätze unterliefen. Der Magistrat sah für die Meister eine Gefahr in Akkorden. Er wollte den Zeiten angemessene, d.h. niedrigere Tagelohnsätze, um so den Zustand von vor 1805 wiederherzustellen, in dem nur nach Tagelohn bezahlt worden sei.

Die Akkorde konnten bei der herrschenden Konkurrenz durchgesetzt werden, und so wurden die Einkünfte der Meister gesenkt; die Gesellen haben nach D. H. Rötger darauf gedrungen, nach den alten, hohen Lohntaxen bezahlt zu werden. Von der Möglichkeit, sich an Meister aus anderen Städten zu wenden, haben die Bauherren nach diesen Äußerungen dem Jahre 1819 kaum Gebrauch gemacht.[32]

Der Magistrat machte 1820 folgende Rechnung auf: *„Die Bauherren hatten 36 ß Tagelohn im Sommer zu zahlen. Davon erhielten die Gesellen 24 ß als regulären Lohn, 4 ß Feierstundengeld für die Zeit von 6 bis 8 Uhr abends, 4 ß Trinkgeld, und 4 ß mußten die Gesellen an Meistergeld abführen. Der Magistrat vertrat die Auffassung, daß diese auf die Vereinbarungen von 1805 zurückgehenden Löhne wegen der damaligen Teuerung als Ausnahme zu betrachten seien, nun müßten sie wieder der Tradition angepaßt und um 4 ß gesenkt werden. Er kam in seinem Vorschlag den Gesellen aber geringfügig entgegen, indem er ihnen den Lohn für die vom Bauherren direkt gezahlten Feierstunden, an dem die Meister auch noch teilhaben wollten, voll zugestand. Er meinte auch, die Gesellen könnten sich ja neue Arbeit suchen, wenn ihnen die Löhne nicht zusagten; eine Klagemöglichkeit, nach der der Statthalter gefragt hatte, stünde ihnen in dieser Sache nicht zu."*[33]

Die Angaben des Magistrats kann man nur als Sommerhöchstlohn bei sehr guter Auftragslage verstehen; im Frühjahr, Herbst und Winter wurden wegen der kürzeren Tageszeit niedrigere Tagelöhne gezahlt. In den harten Wintermonaten ruhte die Arbeit ohnehin ganz. Im allgemeinen rechnet man nach Abzug der Feiertage und der Winterruhezeit mit einer Vollarbeitszeit von 260 Tagen im Jahr. Das Trinkgeld wurde in dieser Zeit in Itzehoe ohnehin nur freiwillig gezahlt.

Der Statthalter bzw. die Kanzlei entschied im Sinne des Magistrats, der Meister und der Bauherren. Zudem setzte er einen Höchstbetrag fest, den die Meister gegenüber den Bauherren nicht überschreiten durften. *„Die Arbeitszeit wurde auf die Zeit von 5 Uhr morgens bis 6 Uhr abends festgelegt, und der Tagelohn wurde um 4 ß gesenkt!"*[34] Obgleich keine freie Vereinbarung zwischen Gesellen und Meistern vorlag, wie sie 1805 angeordnet worden war, war das Vorgehen des Statthalters rechtens, denn seit 1810 genügte eine Vereinbarung zwischen Meistern und Bauherren.

[31] StA Itz 220, 11 (2) v. 20.Okt.1820. — Die Stellung des Magistrats ist widersprüchlich, denn er vergab seine größeren Bauaufträge an den öffentlich Geringstbietenden nur im Akkord.

[32] StA Itz 220, 8 (2) v. 6.8.1819.

[33] StA Itz 220, 11 (2).

[34] StA Itz 220, 11 (3) vom 28.Okt. 1820.

[35] LAS 65.2, Nr. 3538, f. 204 vom 30.11. 1820.
[36] LAS 65.2, Nr. 3538, f. 209 vom 21.8. 1821.
[37] StA Itz 221, 1 (1) vom 21.2.1831; — StA Itz 248, 15 (2) vom 25.9.1848.

Der Magistrat hatte in dieser Auseinandersetzung den Einspruch der Gesellen, den er an den Statthalter weiterleiten sollte, übergangen, so daß sie sich direkt an den König wandten. Sie brachten ihre wirtschaftliche Notlage vor: *„Die meisten Gesellen hätten sich kleine Häuser mittels Anleihen erworben, um wegen ihrer Miethen, die von 6 Rt. auf 12 Rt. gestiegen seien nicht immer in Unsicherheit zu seyn."* Hausbesitzer waren in dieser Zeit in der Tat stark belastet. Auf die Häuser waren die Zinsen der Stadtschulden aus den Napoleonischen Kriegen umgelegt worden. Die Gesellen mußten als Hausbesitzer die bürgerlichen Steuern tragen. Darüberhinaus mußten sie Beiträge zur Armenkasse zahlen und ihre kranken und wandernden Zunftgenossen unterstützen. Sie führten diese Umstände in der Petition an und argumentierten: *„Zwar ward in diesem Jahr der Preis des Brodts etwas heruntergesetzt, allein alle übrigen Dinge ... bleiben unverändert im Preis."* Die Gesellen befürchteten, langsam zu verarmen.[35]

Nach dem Einspruch wurde der Fall zwar noch einmal geprüft, die Entscheidung aber nicht geändert.[36] Es galt nun die in Tab. a dargestellte Regelung, die bis 1843 bestehen blieb. Damit hatte sich ein Richtwert von 2ß für die Arbeitsstunde ausgebildet, von dem noch das Meistergeld abzuziehen war. Es gibt aber Hinweise darauf, daß die Meister nicht immer das volle Meistergeld in Höhe von 4 ß pro Tag nahmen, sondern nur 2 ß.[37]

Tab. a: Lohnregelung für Maurer- und Zimmergesellen 1820-1843

Arbeitszeit	Tagelohn	Meistergeld	Gesellenlohn
von Ostern bis Michaelis 5 Uhr bis 18 Uhr = 13 Std. incl. 2 Std. Pausen	24 ß	4 ß	20 ß
4 Wochen vor Ostern und 4 Wochen nach Michaelis	22 ß	4 ß	18 ß
Winter	20 ß	4 ß	16 ß
Feierstunde: à Std.	2 ß	1/2 ß	1 1/2 ß
vom Bauherrn bezahlt à Std.	2 ß		2 ß

Nochmalige Lohnsenkung 1843

1843 gelang es den Meistern nach einer Gesellenforderung auf Lohnerhöhung aus dem Jahre 1841, eine nochmalige Lohnsenkung um 2 ß durchzusetzen, so daß von diesem Zeitpunkt an im Sommer 18 ß gezahlt wurden (ohne Meistergeld und Feierstundenlohn). Gleichzeitig mit dieser Regelung erreichten die Meister eine Veränderung der bisherigen Arbeitszeit, die von 5 Uhr bis 6 Uhr abends dauerte. Man begann nun eine Stunde später und arbeitete bis 7 Uhr abends. Nach Ansicht der Meister wurde die Verschiebung nötig, *„da (...) die hohen Herrschaften so-*

wie die höhere Bürgerklasse es des Morgens 5 Uhr zu früh ist, ihre Häuser zu oeffne (sic!), um den Lerm zu höhren."[38]

Die Gesellen behaupteten in einem Schreiben von 1848[39], sie hätten vor einigen Jahren (wohl 1841/43) eine Lohnerhöhung und eine Arbeitszeitverkürzung gefordert. Bekommen hätten sie eine Lohnsenkung um 2 ß und eine Arbeitszeitverkürzung. Sonst hätten sie im Sommer von 5 Uhr morgens bis 8 Uhr abends gearbeitet, jetzt aber nur von 6 Uhr morgens bis 7 Uhr abends. Diese Veränderung der Arbeitszeit bedeute für sie faktisch eine weitere Lohnkürzung. Offenbar hatten sie auch im Sommer über die ursprünglich vereinbarte Tagesarbeitszeit von 5 Uhr bis 6 Uhr abends hinaus nach Tageslicht gearbeitet und diese Stunden als Feierstunden vergütet bekommen.[40] Unklar bleibt, ob die Meister 1841/43 die Situation ausgenutzt haben, um die Feierstunden fortfallen zu lassen, bei denen sie oft kein Meistergeld verdienten, oder ob die Gesellen 1848 nur taktisch argumentierten.[41]

[38] StA Itz 878, Morgensprachenprotokoll vom 30.April 1843 (Maurer) und vom 22. Juni 1843 (Zimmerer); — StA Itz 221, 18, (1-3) von 1841.

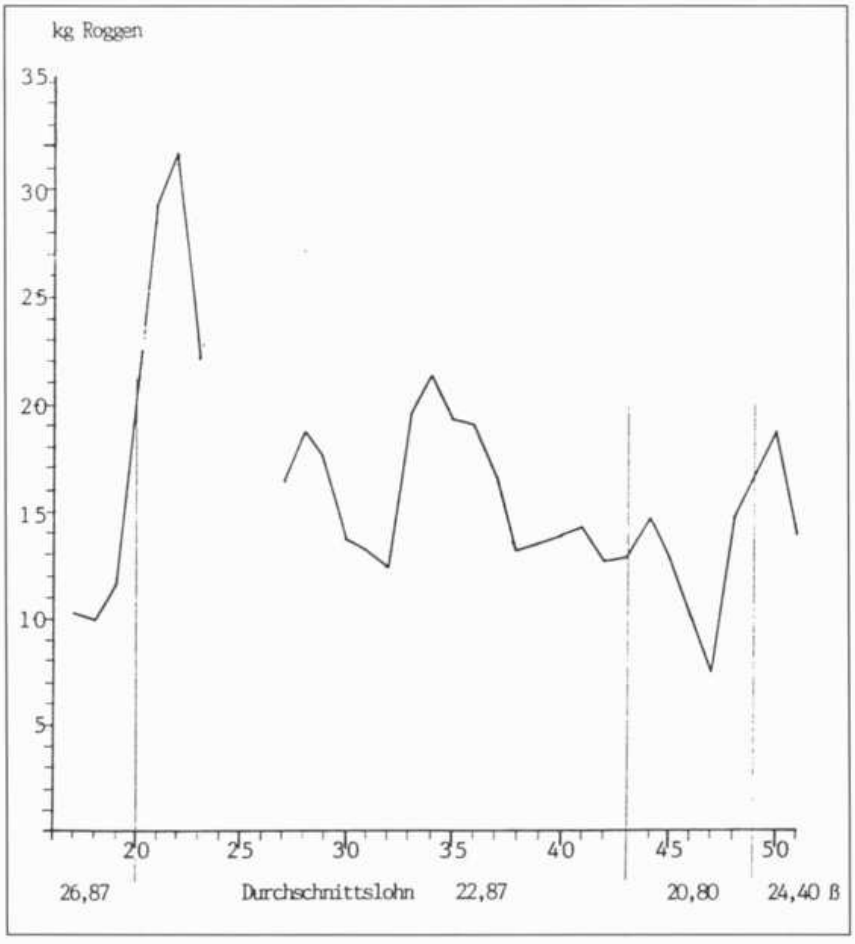
[39] StA Itz 248, 15 (1).

[40] Nach der Stellungnahme des Magistrats im Lohnstreit 1820/21 gingen die Gesellen schon um 4 Uhr morgens auf den Bau, begannen allerdings erst um 5 Uhr die eigentliche Arbeit. StA Itz 220, 11 (4).

[41] Darauf deutet die die eigene Argumentation der Gesellen relativierende Bemerkung Wie sich dieß aber auch verhalten möge hin. StA Itz 248, 15 (2) von 1848.

Die Kaufkraft der Bauhandwerkerlöhne

Mit der Lohnsenkung 1820 begann eine Phase, in der 28 Jahre lang die Kaufkraft der Löhne sank, d.h. die Lohntaxen blieben bei steigenden Preisen stabil, bzw. 1843 wurden sie nochmals gesenkt. Die Kaufkraft läßt sich gut im Gegenwert des damaligen Hauptbrotgetreides, des Roggens, ausdrücken. Die Tab. b stellt den Verlauf der Kaufkraft auf der Basis des Roggenpreises des Itzehoer Getreidemarkts dar.



Tab. b: Kaufkraft der Itzehoer Bauhandwerkerlöhne 1817 — 1851

Die errechneten Löhne geben aber nicht das tatsächliche Einkommen wieder, da Nebeneinkünfte und die Einnahmen durch die Feierstunden, Einkünfte durch die Familie aber auch Ausfallzeiten nur schwer erfaßbar sind.[42] Es ist auch zu vermuten, daß die Itzehoer Gesellen wie andernorts je nach der von den Meistern eingeschätzten Leistungsfähigkeit und der jeweiligen Tätigkeit unterschiedlich entlohnt wurden.[43] Auch wird die Lebenssituation der Gesellen nur angedeutet, denn dazu müßte u.a. der Bedarf an Fleisch und Kleidung für eine Durchschnittsfamilie berücksichtigt werden. Ebenso müßte die Miet- und Steuerbelastung einbezogen werden.[44] Die durchschnittlichen Tagelöhne in den jeweiligen Jahren können folglich nur ein Indiz der tatsächlichen Situation sein. Sie geben die Lage der Gesellen aber insofern wieder, als bei den Beziehern niedriger Einkommen, zu denen die Bauhandwerkergesellen gehörten, die Ausgaben für Nahrungsmittel anteilmäßig relativ hoch waren. Stiegen die Preise für Nahrungsmittel, so bedeutete dies für die Bauern und für die von deren Kaufkraft abhängigen Händler und Gewerbetreibenden in einer kleinen Landstadt, die wie Itzehoe in einer Agrarregion lag, eine bessere Einkommenslage, für die Bezieher niedriger Einkommen mußte ein größerer Teil des Gesamteinkommens für Nahrungsmittel ausgegeben werden. Die günstigere Situation für Händler und Gewerbetreibende wirkte sich allerdings auch für die unteren Schichten über eine verbesserte Beschäftigungslage positiv aus.

Die Kurve (Tab. b) zeigt, daß die Kaufkraft der Löhne 1817, 1818 und 1819 auf einem sehr tiefen Stand war. Nach der Kontinentalsperre, in der der Getreidepreis sank, hatte der nach dem Kieler Frieden wiedereröffnete Export nach England einen Getreidepreishöchststand bewirkt, der 1817 und 1818 seine Spitzen erreichte. Nach der Lohnsenkung 1820 stieg aufgrund der niedrigen Roggenpreise zu Beginn der Landwirtschaftskrise 1819-1828 die Kaufkraft sogar noch, nach 1824 sank sie aber allmählich. Mitte der dreißiger Jahre stieg sie noch einmal auf ein mittleres Niveau an, um dann allerdings bis zur Hungerkrise 1846/47 außerordentlich tief zu sinken. Die Krise war durch die Kartoffelkrankheit, die die Kartoffelernte weitgehend vernichtete, ausgelöst worden;[45] in der Folge wurde auch Schleswig-Holstein, in dem der Kartoffelanbau keine entscheidende Bedeutung hatte, wegen der Getreideexporte und der folgenden hohen Preise auch von der Hungerkrise erfaßt. Danach stieg die Kaufkraft wieder an, verstärkt noch durch die Lohnvereinbarung 1849, sank dann allerdings 1852 wieder ab.

Die wirtschaftliche Situation der Stadt In der Zeit von 1815 bis zur Jahrhundertmitte

Hintergrund des 1820 vollzogenen Bruchs der Zunfttraditionen, nach der Meister und Gesellenschaft die Löhne aushandelten, und damit der Zunftsolidarität bildeten die wirtschaftlichen Schwierigkeiten, die 1820 vom Magistrat beklagten *„nahrlosen Zeiten"*, unter denen die städtische Wirtschaft zu leiden hatte.

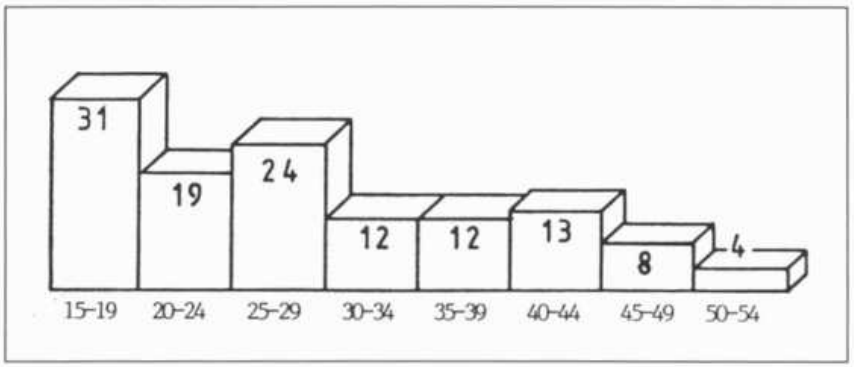
Nimmt man die Konkurse des lübschen Teils der aus vier Jurisdiktionen (Verwaltungs- und Gerichtsbezirken) bestehenden Stadt zum Gradmesser der Konjunktur, scheint sich die Wirtschaft in vier Phasen langsam von einem tiefgreifenden Ein-

[42] Die Jahresdurchschnittspreise für Roggen wurden aus AfA 6, 1986 errechnet. Bei der Berechnung der Arbeitszeit wurden für die Zeit vor 1849 wegen des unterschiedlichen Zeitraumes zwischen Ostern und Michaelis eine durchschnittliche Sommerarbeitszeit von 156 Tagen angenommen. 49 Tage wurden für die Zeit vier Wochen davor und danach angesetzt. 55 Tage blieben bei einer Arbeitszeit von 260 Tagen für den Winter. Ab 1849 wurden von Mitte April bis Mitte August 102 Tage genommen wobei 158 Tage blieben, in denen der Winterlohn gezahlt wurde. Man kann nicht von den 300-305 möglichen Arbeitstagen ausgehen, da Ausfallzeiten ebenso wie Sonn- und Feiertage nicht gezahlt wurden. Die tatsächliche Arbeitszeit kann nicht ermittelt werden, da im Fall der Bauarbeitern insbesondere die Witterungsverhältnisse unbekannt sind, ebenso wie die genaue Auswirkung der allgemeinen Wirtschaftslage. Vgl. H.-J. Gerlach, Quantitave und Qualitative Aspekte von Handwerkseinkommen, in: Handwerker in der Industrialisierung, hrsg. v. U. Engelhardt, Stuttgart 1984 (Industrielle Welt 37), S. 54/55. — Zur Frage der Einschätzung real gezahlter Löhne vgl. Löhne im vor- und frühindustriellen Deutschland, S. 1-14.

[43] K. H. Kaufhold, Das Handwerk der Stadt Hildesheim im 18.Jahrhundert, Göttingen 1986 (Gött. Handwerksgesch. Studien 13), S. 97.

[44] Vgl. dazu auch den 2.Band der neuen Itzehoer Stadtgeschichte, Itzehoe, Geschichte einer Stadt in Schleswig-Holstein, der voraussichtlich 1991 erscheinen wird.

[45] Vgl. W. Abel, Massenarmut, S. 359-396 — zu Schleswig-Holstein: K.-J. Lorenzen-Schmidt, Itzehoer Getreide und Feldfruchtpreise, S. 216.



Tab c: Konkurse in Itzehoe (lübsche Jurisdiktion) von 1815 bis 1854

bruch erholt zu haben. In Tab.c ist die Häufigkeit der Konkurse in Zeiträumen von fünf Jahren dargestellt.[46] Außerordentlich viele Konkurse sind unmittelbar nach dem Kieler Frieden von 1814 im Zeitraum von 1815 bis 1819 verzeichnet. Wie alle schleswig-holsteinischen Städte erholte sich auch Itzehoe nur langsam von den Folgen der Napoleonischen Kriege, die der Gesamtstaat bis zuletzt an der Seite Frankreichs ausfocht. Die Stadt mußte bei Kriegsende die Hin- und Rückmärsche der Truppen erdulden, die an der Belagerung der Festung Glückstadt beteiligt waren. Für Einquartierungen und Requirierungen hatten die Bürger hohe Leistungen zu erbringen. Zudem waren viele in der Kriegszeit die Steuern schuldig geblieben, so daß erhebliche Rückzahlungsforderungen auf sie zukamen. Darüber hinaus waren seit dem Staatsbankrott 1813 Haus- und Grundbesitz mit 6% zur Sanierung der gesamtstaatlichen Finanzen belastet und die Immobilienpreise dadurch gefallen. Es herrschte eine eklatante Finanznot.

Nachkriegszeit und Landwirtschaftskrise

Handel und Gewerbe konnten nach dem Frieden von 1814 nicht unmittelbar an die günstige Situation vor 1806 anschließen. Selbst der Verlust Norwegens traf die Itzehoer Wirtschaft, denn die Brauer und Brenner wie auch die Kartenfabrik hatten ihre Produkte dorthin exportiert.[47] Man sah sich einer starken, mit billigen, z. T. englischen Waren aus Hamburg hereindrängenden Konkurrenz gegenüber. Die Itzehoer Händler klagten über den aufblühenden Schmuggel, der über Altona, Glückstadt und Dithmarschen ins Land kam, und über den Handel und das Gewerbe der Landleute, der ihre alten Handelsprivilegien mißachtete. Ländlicher Handel und Gewerbe hatten sich schon im 18. Jahrhundert zur ernsthaften Konkurrenz für die Städte entwickelt und die überkommenen Privilegien unterhöhlt, so daß die alten städtischen, auf staatlichen Schutz bauenden Wirtschaftsweisen zunehmend wertlos wurden. Durch eine Gewerbepolitik verstärkt, die die Widersprüche zwischen überkommenen Rechten, Merkantilismus und Liberalismus in der Gewerbeverfassung nicht aufheben konnte, wurde mit der immer mächtiger werdenden Konkurrenz eine Strukturkrise in der Stadt überdeutlich, die letztlich erst mit der Gewerbefreiheit in preußischer Zeit überwunden werden konnte.[48]

Die Itzehoer Wirtschaft war in den Jahren nach 1814 überwiegend von kleinem Gewerbe und Kleinhändlern geprägt. Ein Weinhändler, die Cichorienkaffeefabrik und die Kartenfabrik

[46] StA Itz 179, 6-18; die Listen sind z.T. sehr unordentlich geführt, die fehlenden Zahlen sind ab dem Ersterscheinungsjahr 1817 durch die Konkursproklamationen im Itzehoer Wochenblatt für die Halbjahre I18, II22; I+II28; II32 und I+II37 ergänzt: 1815 — 6; 1816 — 9; 1817 — 1; 1818 — 8; 1819 — 7; 1820 — 5; 1821 — 4; 1822 — 3; 1823 — 3; 1824 — 4; 1825 — 6; 1826 — 6; 1827 — 3; 1828 — 4; 1829 — 5; 1830 — 2; 1831 — 1; 1832 — 4; 1833 — 3; 1834 — 2; 1835 — 3; 1836 — 1; 1837 — 3; 1838 — 1; 1839 — 4; 1840 — 5; 1841 — 2; 1842 — 2; 1843 — 3; 1844 — 1; 1845 — 1; 1846 — 1; 1847 — 2; 1848 — 2; 1849 — 2; 1850 — 1; 1851 — 1; 1852 — 1; 1853 — 0; 1854 — 1.

[47] C. F. Jägermann, Itzehoe und dessen Umgebung, 1. Auflage Itzehoe 1819, S. 65 u. StA Itz 22, 1 (4) v. 1827; — StA Itz Höhnck, Nr. 157, 1815.

[48] F. Hähnsen, Die Entwicklung des ländlichen Handwerks in Schleswig-Holstein, Leipzig 1923 (QuFGSH 9), S. 2-34; — H. O. Ahlf, Das Schleswig-Holsteinische Stadthandwerk, S.39-41; — J. Brockstedt, Grundzüge, S. 16-20.

setzten ihre Produkte über den engeren Umkreis der Stadt hinaus ab. Schiffer und Händler handelten mit Torf, Brennholz und in geringen Mengen Getreide nach Altona und Hamburg, selten nach Bremen oder zu weiter entfernt gelegenen Orten. Belebend für die Itzehoer Wirtschaft wirkte sicherlich der jährliche Itzehoer Ochsenmarkt.[49]

Zu Beginn der zwanziger Jahren trat eine leichte Verbesserung der Lage ein, aber der dann aufgrund der Landwirtschaftskrise einsetzende Rückgang der ländlichen Kaufkraft traf eine kleine Landstadt wie Itzehoe hart, zumal die umgebenden Marschen auf den Getreideexport orientiert waren.[50] Kleinere Einbußen brachte auch die Sturmflut 1825, die mehrere Häuser in der Neustadt beschädigte.[51]

Veraltete Verkehrswege und ein unmodernes Zollsystem

Die nur sehr verhalten einsetzende Erholung 1830 bis 1844 erklärt sich aus der nur mäßigen landwirtschaftlichen Konjunktur[52], wie überhaupt die städtische Wirtschaft im untersuchten Zeitraum stark von der Landwirtschaft abhängig war. Der Aufschwung Ende der 50er Jahre basierte wieder auf dem Getreidepreisanstieg[53], übertraf aber seine Entwicklung deutlich. Die schlechten Verkehrswege zur Stadt hin hemmten sicher auch einen deutlicheren Aufschwung in den dreißiger Jahren. Eine Rolle wird auch das bis zum Ende der dreißiger Jahre wenig liberal gehandhabte, Mißbräuche wie den Schmuggel begünstigende Zollsystem des Gesamtstaates gespielt haben. Erst die neue Zollverordnung hob ab Beginn des Jahre 1839 die Vielzahl von Privilegien, die z.B. Altona, Glückstadt, Dithmarschen, die Elbmarschen, die adligen Güter und die Klosterdamen genossen hatten, auf.[54]

Insgesamt gesehen konnte die Stadt ihre gute Verkehrslage

[49] C. F. Jägermann (1819), S. 65; — Statistik des Handels, der Schiffahrt und der Industrie der Herzogthümer Schleswig und Holstein, Schleswig 1835, S. 142.

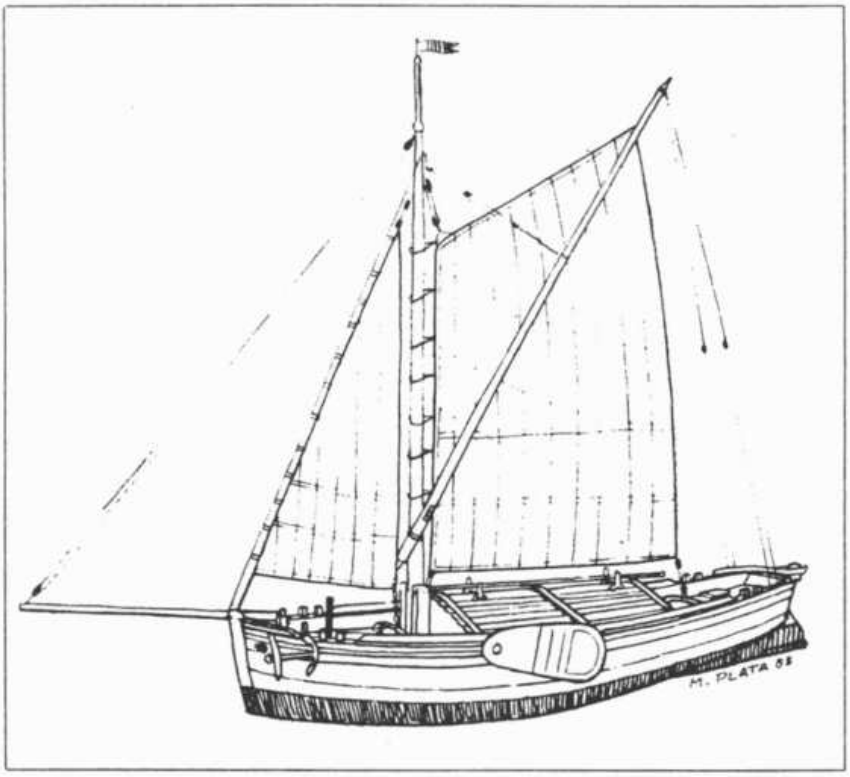
[50] K.-J. Lorenzen-Schmidt, Frühe Industrialisierung, S.144.

[51] R. Hansen, Geschichte, S. 180.

[52] Vgl. K.-J. Lorenzen-Schmidt, Itzehoer Getreide- und Feldfruchtpreise, S. 194.

[53] K.-J. Lorenzen-Schmidt, Getreide- und Feldfruchtpreise S.194, und zur Abhängigkeit der Städte vom Land S. 221-223.

[54] Statistik des Handels,S. 142; — G. Norregard, Das Zollgesetz von 1838 in den Herzogtümern, in: ZSHG 90 (1965), S.101-103.



Störprahm. Zeichnung v. M. Plata, Horst, nach einem Modell im Altonaer Museum (Quelle: Itzehoe, Geschichte einer Stadt in Schleswig-Holstein, Bd. I, hrsg. v. d. Stadt Itzehoe, Itzehoe 1988, S. 100).
Bis ins 19. Jahrhundert war dieser urtümliche Schiffstyp das am meisten benutzte Wasserfahrzeug der Stadt. In der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wurde der Prahm, der je nach Größe mit ein bis drei Leuten gesegelt wurde, von dem moderneren Ewer abgelöst. Mit der Zunahme der wirtschaftlichen Bedeutung Hamburgs in dieser Zeit setzte sich der Ewer im Unterelberaum durch.

am Kreuzungspunkt der über Kellinghusen hinauf schiffbaren Stör mit den Landwegen Dithmarschen-Hamburg und Dithmarschen-Lübeck sowie der Wege von Schleswig/Rendburg-Hamburg und nach Kiel zu dieser Zeit nicht nutzen. Der Haupthandelsweg der Herzogtümer Anfang des 19. Jahrhunderts lief an Itzehoe vorbei zwischen Hamburg, dem wirtschaftlichen Zentrum des Nordens, über Kiel nach Kopenhagen, dem Wirtschaftszentrum des Gesamtstaates auf Seeland. Zwischen Altona und Kiel wurde 1832 die erste Chaussee gebaut.

Die Folgen für die Hausbesitzer schildern das Zentral-Komitee der Aktionäre und das Komitee des Itzehoer Distrikts, die sich 1836/37 vergeblich für den Bau einer Chaussee Altona-Itzehoe-Rendsburg-Kolding einsetzten: *„Der Abbruch, den die Kieler Chaussee dem hiesigen Verkehr zu Wege gebracht, ist Jedermann bekannt ... wo Nahrung und Verkehr ist, da steigt auch die abgelegenste Bude in ihrem Werth; fehlt dieser, so ist das beste Gebäude unverkäuflich."*[55]

Nach von v. Rosens statistischer Beschreibung der Stadt aus dem Jahre 1827 hatte sich der Wert der Grundstücke und Häuser schon vorher stark vermindert. *„Denn Häuser, die vor etwa zehn Jahren noch mit 10.000 Rt. bezahlt wurden, sind jetzt vielleicht kaum für 3000 Rt. anzubringen."*[56] Diese Lage mußte sich auch negativ auf die Bautätigkeit auswirken.

[55] StA Itz 128, 1 (4).

[56] StA Itz 22, 1 (4); — v. Rosen gilt nicht als sehr zuverlässig in Bezug auf seine statistischen Angaben. Er stützte sich auf Antworten der Magistrats. Der Verfall der Hauspreise wird aber auch durch andere Quellen wie dem obengenannten Zentralkommitee der Aktionäre bestätigt; vgl. auch die Äußerungen Rötgers z.B. von 1823, StA Itz 107, 9 (1). — Zum Wert der v. Rosenschen Angaben vgl. K.-J. Lorenzen-Schmidt, Quellenkundliche Angaben zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte Schleswig-Holsteins, hrsg. v. K. Greve, Kiel 1985, S. 5-11.

Der Beginn der Industrialisierung

1844 wurde eine Eisenbahnlinie von Altona nach Kiel gelegt. Itzehoe verlor noch mehr Einfluß in seinem wirtschaftlichen Hinterland. Die Dampfschiffsverbindung Itzehoe-Hamburg ab 1841 belebte die Stadt geringfügig; unklar bleibt, in welchem Maße die Ansiedlung der ersten Industriebetriebe zu Beginn der 40er Jahre auf die neue Verkehrsart zurückzuführen sind. Einen wichtigen Impulsgeber stellte das Dampfschiff sicher dar. 1845 wurde Glückstadt an die Eisenbahnstrecke angeschlossen. Itzehoe wurde erst 1846-48 durch moderne Chausseen mit Elmshorn und Rendsburg verbunden. Jetzt erst besserte sich die Lage der Masse der kleinen städtischen Handlungen und Gewerbebetriebe. Wesentlich später erst, 1857, erhielt die Stadt einen Eisenbahnanschluß.

Auch die jährliche Vergabe von Krediten durch die seit 1820 bestehende Itzehoer Sparkasse bestätigt das Bild der langanhaltenden schlechten Konjunktur in der Stadt (Tab. d).[57] Die Kredite wurden hauptsächlich von den Handwerkern und Kaufleuten in Anspruch genommen. Die weitgehende Parallelität zwischen Konkurszahlen und Kreditvergaben zeigt, daß die Konkurse der lübschen Stadt für die Gesamtstadt stehen können. Es lassen sich für Itzehoe die beiden Stufen der gewerblichen Entwicklung (1830 und 1840) mit jeweiligen Verspätungen feststellen, die K.-J. Lorenzen-Schmidt für den Unterelberaum annimmt.[58] Nach 1832 zeigt sich bei den Kreditvergaben für Itzehoe eine bessere Situation, die auf das Ende der Agrarkrise zurückzuführen ist. In den beginnenden vierziger Jahren bedeuteten die Gründungen der Zukerfabrik Charles de Vos', der Maschinenweberei Feldmann und der Hirschbergschen Seifenfabrik eine Bereicherung des wirtschaftlichen Lebens. Ab 1847 er-

[57] Itzehoer Wochenblatt ergänzt für 1833 durch K.-J. Lorenzen-Schmidt, Frühe Industrialisierung, S. 143 und für 1845 durch 150 Jahre Sparkasse Itzehoe, hrsg. v. d. Stadt- und Landsparkasse Itzehoe, Text v. R.Irmisch, Itzehoe 1970, S. 23. Alle Angaben in Mark: 1820: 8.900; 1821: 13.125; 1822: 17.050; 1823: fehlt; 1824: 33.836; 1825: 41.036; 1826: 44.621; 1827: 50.171; 1828: 55.834; 1829: 62.326; 1830: 66.839; 1831: 70.118: 1832: 74.887; 1833: 82.874; 1834: fehlt; 1835: 97.454; 1836: 96.369; 1837:106. 149; 1838:111.319; 1839: fehlt; 1840:129. 942; 1841:140.512; 1842:149.501; 1843: 154.681; 1844:165.054; 1845:175.724; 1846:186.212; 1847:192.341; 1848:233. 237; 1849;286.486; 1850:347.267; 1851: 412.987.

[58] K.-J. Lorenzen-Schmidt, Frühe Industrialisierung, S.144.

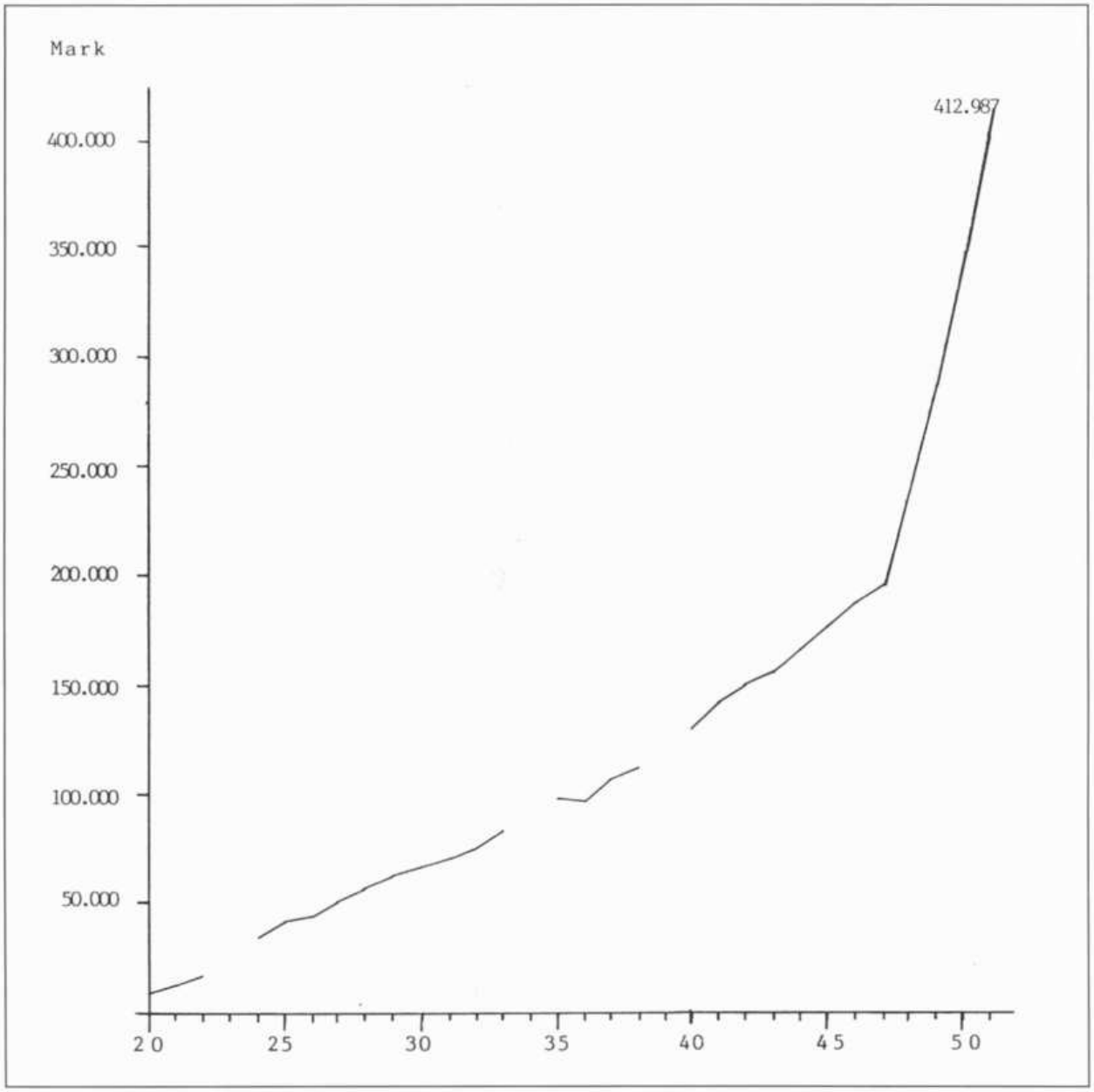


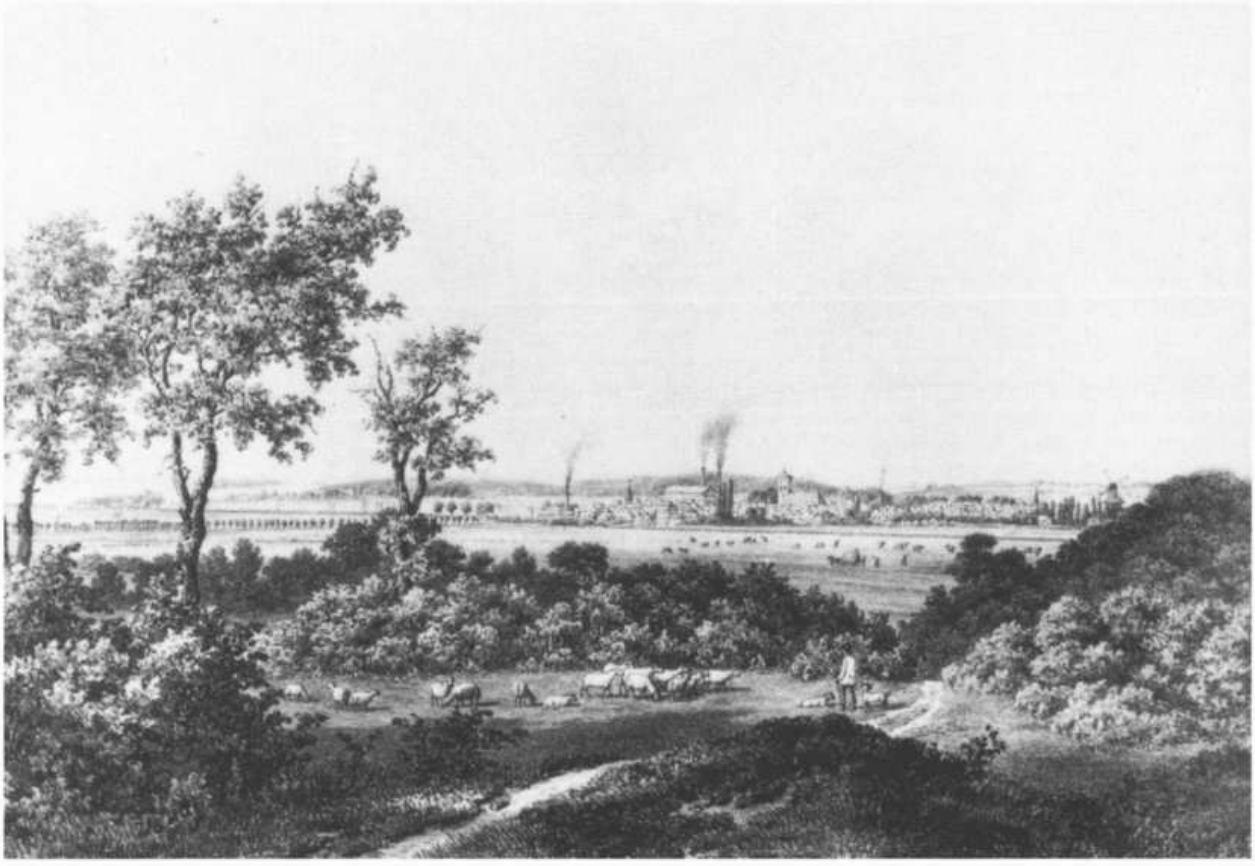
Tabelle d: Kreditvergaben der Itzehoer Sparkasse 1820 — 1850

reichten dann auch Itzehoe die Auswirkungen, die der Bau der Eisenbahnen für Holstein brachte. Aber der Aufschwung wurde in der Stadt anfänglich nur sehr verhalten registriert. Noch 1847 spricht K. T. H. Lobedanz in Bezug auf die Wirtschaft davon, daß *„unsere Stadt gewissermaßen beiseite gelegt ist."*[59] Erst ab 1848 ist anhand der Kreditsummen der Sparkasse ein deutlicher Aufschwung für Itzehoe festzustellen, der auf den allgemeinen Aufschwung im Lande zurückzuführen ist. Er kann aber auch als Option auf die Zukunft nach dem politischen Aufbruch 1848 gewertet werden.

[59] Itzehoer Wochenblatt 1847, 13.Mai.

Die Bautätigkeit in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts

Die lange Zeit miserable wirtschaftliche Situation der Stadt wirkte sich auch bremsend auf die Bautätigkeit aus. 1836 versuchten die Maurermeister, deren Zahl mittlerweile auf sechs gestiegen war, ihre Zunft schließen zu lassen, und begründeten dies mit der schlechten Auftragslage. Lediglich Geld, das durch



Itzehoe um 1859 (Quelle: Kreis- und Stadtarchiv Itzehoe).
Deutlich ist Itzehoe nun von der Industrie geprägt. Links ist schwach die 1857 fertiggestellte Eisenbahnlinie zu erkennen, deren vorläufiger Endpunkt Itzehoe war. Die vom Zeichner betonten Schornsteine in der Stadt gehören u.a. zur Zuckerfabrik Charles de Vos und zur Maschinenweberei der Gebrüder Feldmann.

Erbschaft nach Itzehoe gekommen sei, und der Bau des Ständehauses hätten ihnen vorübergehend geholfen.[60] Wenn dies auch aus dem Eigeninteresse der Bittsteller heraus übertrieben ist, so scheint die Stadt von 1808 bis 1848 in ihrer Fläche doch kaum gewachsen zu sein. Dies ergibt ein Vergleich der schon relativ genauen Karte von 1808 von C. v. Hedemann[61] mit der Karte von 1848, die von J. v. Schröder stammt[62]. Nur in den lokker bebauten Randgebieten der klösterlichen und breitenburgischen Jurisdiktion im Bereich Feldschmiede, Hundegang, Wunderberg und Redoute sind einzelne neue Gebäude zu erkennen, etwas außerhalb lag die ebenfalls in diesem Zeitraum entstandene Cichorienfabrik Ottens & Wulf, die zur lübschen Jurisdiktion zählte. Der Kartenvergleich gibt aber nicht her, ob im Innern der Stadt wüste Wurtstellen geschlossen oder Gebäude erneuert wurden. Einige größere Häuser, wie das Julienstift oder die Zuckerfabrik de Vos sind Ende der 30er, Anfang der 40er Jahren errichtet worden.

[60] LAS 65.2, Nr. 3538, f. 250 vom 28.1. 1836.
[61] Vgl. R. Gieseler, Itzehoe im Zeitalter des Absolutismus (1659-1814), in: Itzehoe — Geschichte einer Stadt in Schleswig-Holstein, hrsg. v.d. Stadt Itzehoe, Itzehoe 1988, Bd. 1, S.82.
[62] Vgl. R. Hansen, Geschichte oder R. Irmisch, Geschichte, jeweils die Kartentasche.

Veränderungen auf dem Arbeitsmarkt in den dreißiger und vierziger Jahren

Die Gesellen versuchten 1831, 1841/43 und 1848 eine Lohnerhöhung zu erwirken, d.h. jedesmal nach einem Anstieg der Getreidepreise, wenn die Kaufkraft der Löhne gesunken war (vgl. Tab. b). 1831, einem Krisenjahr, war die Kaufkraft auf 13 kg von 18,8 kg Roggen im Jahr 1828 gefallen. Vor 1841 sank sie auf 13,8 kg von 19 kg im Jahr 1836. Vor 1848 erreichte die Kaufkraft mit 7,4 kg während der Hungerkrise ihren absoluten Tiefpunkt, war aber 1848, dem Jahr der Lohnforderung, wieder im Anstei-

Abbildung rechte Seite: Im 18. und 19. Jahrhundert bemühten sich die absolutistischen Staaten, die als Handwerksmißbräuche geächteten traditionellen Rechte der Gesellen und Meister zurückzudrängen. Anstelle der vielfältigen und unübersichtlichen Einzelrechte sollte zunehmend das Recht des Staates treten. Das Verbot des sogenannten Schimpfens zielte auf den Brauch der Handwerksgesellen, Meister, Zünfte (Ämter) oder ganze Städte zu schimpfen, d. h. zu boykottieren. Das Schimpfen war ein dem modernen Streik ähnliches Mittel, mit dem sich die Gesellen gegen Mißstände oder in Lohnauseinandersetzungen wehren konnten. (Quelle: Chronologische Sammlung 1792, Nr. 52)

gen begriffen. Nun argumentierten die Gesellen auch mit den stark gestiegenen Fleisch- und Fettwarenpreisen.[63]

1831 gingen die Gesellen von vornherein nicht mehr den traditionellen Weg über die Meister, um höhere Löhne zu erreichen.[64] Vermutlich wegen dessen offen gesellenfeindlichen Haltung wandten sie sich auch nicht an den Magistrat, wie es ihre Kollegen in Rendsburg und Segeberg taten,[65] sondern direkt an den Statthalter. In der geforderten Stellungnahme für den Statthalter und die Schleswig-Holstein-Lauenburgische Kanzlei, in der der Magistrat wiederum die Interessen der Bauherren vertrat, wies er u.a. darauf hin, daß der Lohn nach der Entscheidung von 1810 keineswegs zum Gegenstand einer gesetzlichen Vorschrift werden dürfe. Er räumte zwar ein, daß es wahr sei, *„daß durch die schlechte Witterung des vorigen Jahres eine bedeutende Theurung der Korn- und Feldfrüchte eingetreten, und daß es nun eine sehr drückende Zeit für den Handwerker, den Tagelöhner und für alle Klassen ist, die nicht mehr als sonst verdienen können. Theils aber muß die Hoffnung auf Aenderung dieser unglücklichen Zeit jeden noch aufrecht halten... In dem Augenblick, wo eine solche Theurungsperiode eintritt, gleich das (sic!) Gesellenlohn zu erhöhen, müßte wenig ratsam seyn."*[66] Neben den schon bekannten Argumenten, daß gerade die Maurer und Zimmerer die größten Faulenzer seien, daß es an Bauaufträgen fehle und kaum ein Bauherr nach Tagelohn arbeiten lasse, führte er noch gegen sie an, daß die meisten verheiratet seien und daß ihre Anzahl zu groß sei, *„um stets und fortwährend immer Arbeit zu finden."*[69] Die Kritik an den verheirateten Gesellen rührt aus dem Verhalten der Handwerker her, sich möglichst rasch zu verheiraten, um in den Genuß des Rechts der Seßhaftigkeit zu kommen.[68]

Ebenso wie das Gesellengesuch von 1831 scheiterte auch das von 1841; die Meister nutzten die Auseinandersetzung sogar, um den Lohn nochmals um 2 ß herabzusetzen (s.o.). Sie meinten, der geforderte Lohn sei so hoch wie in der Residenzstadt Kopenhagen, wo alles teurer sei. Überdies hätten die Gesellen in Itzehoe, anders als in Kopenhagen, die Möglichkeit, etwas Landbau oder dergleichen nebenbei zu betreiben.[69]

Aus den Ausführungen der Meister geht auch hervor, daß die Gesellen sich zum wiederholten Male über das Halten zu vieler Lehrburschen beschwert hatten. Die Meister wiesen aber auf den Beschluß des Statthalters hin, daß jeder von ihnen so viele Lehrburschen halten dürfe, wie er benötige.

Die geringer bezahlten Lehrburschen wurden eingesetzt, um die Lohnkosten zu senken, d.h. sie verstärkten die Konkurrenzsituation auf dem Arbeitsmarkt.

Nach dem Schreiben der Meister hatten sich die Gesellen auf das Kieler Beispiel berufen, wo die vielen fremden Gesellen mit der Drohung, die Stadt zu Schimpfen, Druck ausgeübt hätten.[70]

Steigende Konkurrenz zwischen wandernden und seßhaften Gesellen

Waren sich fremde und einheimische Gesellen anders als vermutlich in Kiel nicht einig, so verstärkten sie ebenso wie die Lehrburschen die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt, die den Handlungsspielraum der Gesellen in Verhandlungen einengte.

[63] StA Itz, 248, 15 (2).
[64] Die Gesellen beziehen ich in ihrem Gesuch auch auf die beispiellose Höhe der Preise für Roggen und Buchweizen sowie auf den Mangel an Arbeit. LAS 65.2, Nr. 3538, f. 244.
[65] S. Göttsch, Auf, Brüder, S. 43
[66] StA Itz 221, 1 (—) v. 21.2.1831.
[67] StA Itz 221, 1 (—).
[68] StA Itz 247, 14 (1) u. 247, 14 (19) von 1824.
[69] Wie Anm. 38.
[70] StA Itz 221, 18 (1).

1792. 13. Jun. 41.

41. Placat des Herrn Statthalters gegen das Schimpfen der Handwerkszünfte.

Obſchon der 2te §. der allgemeinen Reichs-Conſtitution vom Jahr 1731 den Handwerksgeſellen, bei entſtehendem Zwiſt zwiſchen ihnen und den Meiſtern, das Schimpfen des Amts, um ſich an demſelben zu rächen, bei Gefängniß-, Zuchthaus- oder Feſtungsbauſtrafe verbietet, hiemit auch die Abſicht und der Sinn des 11ten §. der unterm 9ten Febr. 1756 zu Abſtellung verſchiedener Handwerksmißbräuche in dem Herzogthum Schleswig erlaſſenen Verordnung übereinkommt; ſo hat doch die Erfahrung ohnlängſt noch gezeiget, daß jene geſetzliche Vorſchriften bei vielen, wo nicht ganz in Vergeſſenheit gerathen ſind, doch als ſolche angeſehen werden, mit deren Beobachtung es jetzt wohl nicht mehr ſo genau genommen werde.

Wie indeſſen dergleichen geſetz- und ordnungswidrige Auftritte auf keine Weiſe ohne Nachtheil des Landesobrigkeitlichen Anſehens zugegeben werden können, und es vielmehr nothwendig iſt, denſelben ſofort mit dem erforderlichen Ernſt und Nachdruck zuvor zu kommen; ſo wird Namens Sr. Königl. Majeſtät und nach Maaßgabe eines von Allerhöchſtdenenſelben unterm 1ſten d. M. Mir ertheilten Auftrages hiemit verordnet: daß, da die Handwerksgeſellen, wenn ſie auf irgend eine Weiſe durch die Zunft oder durch die Obrigkeit beſchweret zu ſeyn vermeinen, zu jeder Zeit höhern Orts ihre Klagen anbringen und gerechte und billige Verfügungen erwarten können, und mithin die Selbſthülfe des Schimpfens der Zunft, mit der ſie in Streit gerathen ſind, eine eben ſo entbehrliche als an ſich vermeſſene und unleidliche Hintenanſetzung aller guten Ordnung und übereinſtimmender Reichs- und Landesgeſetze iſt, auf die Unterſchreibung eines Schimpfbriefes, ſobald ſie zur Gewißheit gebracht worden, die unverzügliche Abführung zum Zuchthauſe erfolgen ſolle, und dieſe Strafe an ſolchen Frevlern, ſie ſeyen Ausländer oder Landesunterthanen, unabbittlich zu vollziehen ſey, ſie auch nicht nur bis zum Austrag der Sache im Zuchthauſe bleiben, ſondern außerdem der Gewinnung des Amtes in den Herzogthümern ꝛc. auf immer unfähig ſeyn ſollen.

Dieſe Verfügung haben die ſämmtlichen Stadtobrigkeiten, und, in Hinſicht auf die zunftberechtigten Flecken, auch die beikommenden Oberbeamte in den Herzogthümern Schleswig und Holſtein, der Herrſchaft Pinneberg und Grafſchaft Rantzau genau zu beobachten, und, wenn ſich der Fall begeben ſollte, pünctlich zu befolgen; auch iſt ſelbige unter die Handwerkszünfte zu vertheilen und den Geſellen gehörig bekannt zu machen.

Wornach ꝛc. Gegeben ꝛc. Gottorff, den 13ten Jun. 1792.

Abbildung rechte Seite: Ein Lehrbrief für den Schustergesellen D.A.H. Otte aus Peissen, der vier Jahre in Kellinghusen gelernt hatte. (Quelle: Kreis- und Stadtarchiv Itzehoe 5190)

Die Zahl der wandernden Gesellen hatte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts wegen des starken Bevölkerungswachstums, das ab Mitte des 18. Jahrhunderts einsetzte, in erheblichem Maße zugenommen.[71] In Itzehoe lassen die Volkszählungsergebnisse zwischen 1803 und 1855 das Bevölkerungswachstum erkennen (Tab. e), wenn es auch im Vergleich mit anderen Städten schwach ausfällt.[72]

Tab. e: Einwohnerzahlen Itzehoes von 1803-1855 (Polizeidistrikt ohne Klosterhof)[73]

Jahr	Anzahl	durchschnittliches Wachstum pro Jahr in %
1803:	4273	
1835:	5495	0,7
1840:	5528	0,1
1845:	5835	1,1
1855:	6640	1,2

Bedingt durch die Napoleonischen Kriege und die langanhaltende Wirtschaftskrise ist das Wachstum bis 1840 nur äußerst schwach. Deutlich ist die stärkere Bevölkerungszunahme ab 1840.

Allein 1845 gab es 225 im Zählungsjahr zugewanderte Personen in der Stadt, 1855 waren es schon 564. Hauptsächlich Mitglieder der Unterschichten wie Dienstboten, Tagelöhner, Arbeitsleute und Handwerker bildeten wie überall den Zuwachs. Es entstand das Pauperismusproblem, denn Landwirtschaft und Gewerbe konnten die anwachsende Bevölkerung ökonomisch nicht mehr tragen.

Die Folgen des Bevölkerungswachstums lassen sich auch für das Handwerk skizzieren. In Kiel verschlechterte sich z.B. in dieser Zeit das Verhältnis von wandernden Gesellen zu vorhandenen Arbeitsplätzen drastisch. *„Zwischen 1776 und 1780 erhielten von den 43 Gesellen, die nach Kiel kamen, 25 Arbeit; zwischen 1841 und 1845 gab es nur noch für 43 von 403 Gesellen Arbeit."*[74]

Auch in Itzehoe war die Zunahme der wandernden Gesellen in den 30er und 40er Jahren spürbar, denn die Stadt lag für viele von Süden nach Norden und in umgekehrte Richtung wandernde Handwerker auf dem Weg. Wurden in der Zeit von 1830 bis 1835 im Durchschnitt jährlich noch 2.000 wandernde Gesellen im Ort registriert[75], waren es 1846 schon 3.752, und allein bis Ende Mai 1847 zählte die Polizei schon 2.519 Schneider, Maurer, Tischler, Schuster, Schmiede und Zimmerleute waren am häufigsten vertreten.[76]

Das Wandern der Gesellen gehörte zur vorgeschriebenen zünftigen Lebensform der Handwerker und war Voraussetzung zum Meisterwerden und der Seßhaftigkeit, bei den Bauhandwerkern auch nur der Seßhaftigkeit der Gesellen. Die Zunftver-

[71] Vgl. J. Brockstedt, Frühindustrialisierung, S. 28-30.

[72] Kiel wächst zwischen 1840 und 1845 um durchschnittlich 1,9% pro Jahr, zwischen 1845 und 1850 um 1,8% und zwischen 1850 und 1855 um 1,9% pro Jahr. J. Brockstedt, Stadtentwicklung und innerstädtischer Strukturwandel in Kiel 1773-1867, in: Städtewachstum und innerstädtische Strukturveränderungen, hrsg. v. H. Matzerath, Stuttgart 1984, S.103.

[73] Sämtliche Ergebnisse gelten für den späteren Polizeidistrikt Itzehoe, der alle Jurisdiktionen mit Ausnahme des Klosterhofes selbst umfaßt; der Klosterhof hatte schwankende Einwohnerzahlen zwischen 51 und 100. Er blieb bis 1936 eigenständige Gemeinde. — Die bisherige Annahme, daß die Volkszählungsergebnisse des Itzehoer Teils des Klosters aus dem Jahr 1803 verloren sind, vgl. R. Gieseler, Itzehoe, S. 84, trifft nicht nicht zu. — Zu 1803: LAS Abt. 412, Nr. 311, 413, 259 u. 180 und Beiträge zur historischen Statistik Schleswig-Holsteins, hrsg. v. Statistischen Landesamt Schl.-Holst., Kiel 1967, S. 12-15. Zu den übrigen Jahren: StA Itz 23, 2-6.

[74] S. Göttsch, Auf, Brüder , S. 37.

[75] Nach I. E. Momsen, Die Bevölkerung der Stadt Husum von 1769 bis 1860, Kiel 1969 (Schriften d. Geogr. Inst. d. Universität Kiel 31), S. 375 stellten die ausländischen, d.h. die nicht aus dem Gesamtstaat kommenden Gesellen 38,3% und die dänischen Gesellen 8.8% der Durchwanderer.

[76] StA Itz 200, 15 (3). Berufe 1846
Schneider 528
Maurer 409
Tischler 349
Schuster 307
Schmiede 256
Zimmerleute 194
Bäcker 171
Schlachter 144
u.a.Berufe 1394

Wir

Detlef Andersen u. Hans Otte

jetziger Zeit Aelterleute des löblichen Schuhmacher-

Handwerks im Königl. Dänischen Flecken Kellinghusen, des Herzogthums Holstein, für uns und Namens unserer sämmtlichen Mitmeister,

Entbieten hiemit allen und jeden nach Standes Gebühr, insonderheit aber den löblichen Handwerksverwandten unsern freundlichen Gruß und willigen Dienst; und thun hiemit kund,

daß Vorzeiger dieses, der ehrsame Junggeselle Claus Stahmer
aus Peissen, Kirchspiel Hohenwestedt,
bey dem Meister Claus Reitz
das Schuhmacher Handwerk Vier Jahre redlich und wohl gelernt hat, auch in dieser Zeit sich getreu, fleißig und fromm verhalten habe.

Wenn nun genannter Claus Stahmer
bey uns und unserer Amtslade um ein glaubhaftes Zeugniß gebührend gesucht hat: so haben wir demselben ein solches mittelst dieses offenen Briefes nicht allein willig ertheilet; sondern ersuchen auch Jedermann, besonders aber die ehr- und achtbaren Handwerksgenossen dienstfreundlichst, genannten Christlichen Gesellen seines guten Verhaltens halber in ihre Zunft, Amt und Gilde auf- und anzunehmen, und ihm alle Hülfe und Beförderung wiederfahren zu lassen; welches in ähnlichen und andern Fällen wir zu erwiedern jederzeit bereit und willig seyn werden.

Zur Urkunde dessen haben wir diesen Lehrbrief bey versammelter Lade eigenhändig unterschrieben und mit unserm Amtssiegel besiegelt.

So geschehen Kellinghusen, den 7. Juni 1852.

fassung der Maurer und Zimmerleute war deshalb oft von dem Gegensatz zwischen fremden und seßhaften Gesellen geprägt.[77] Im 19. Jahrhundert nun sahen sich die fest am Ort wohnenden Bauhandwerkergesellen immer stärker in Konkurrenz zu ihren wandernden Brüdern. Dies führte auch in Itzehoe zu Konflikten. 1817 war es um die Sitte der Itzehoer Maurerzunft, verheiratete Gesellen vor unverheirateten und fremden Gesellen einzustellen, zum Streit gekommen.[78] Die Regierung sah darin einen Mißbrauch, den es abzustellen gelte. Der Magistrat wollte den Brauch jedoch erhalten wissen, denn ohne ihn würden die verheirateten Gesellen völlig brotlos werden, denn sie könnten ja willkürlich vom Meister übergangen werden, *„oder sie wären auch völlig in die Hände der Meister wegen des Tagelohns gegeben, da sie ja mit jedem ... offerierten Tagelohn zufrieden seyn müßten, um nur etwas zu bekommen, wie es denn ohnehin es schon jetzt genugsam geschieht, daß während der Meister das (sic!) hohe Tagelohn ... dem Bauherrn berechnet, er dagegen dem Gesellen bei weitem dieses nicht bezahlt."*[79]

Die gesellenfeindlichen Töne, die der Magistrat unter dem Bürgermeister Rötger in den Lohnverhandlungen einschlug, fehlten hier. Bewertet man die Äußerungen des Magistrats unter D. H. Rötger zusammen, vertrat er eine differenzierte Stellung und sprach nicht nur im Interesse der Meister und Bauherren gegen die Gesellen. D. H. Rötger zielte mit seiner Politik dem Bauhandwerk gegenüber wohl auf einen stabilen Zustand, in dem sowohl für die Bauherren und die Meister als auch für die Gesellen für ein berechenbares Miteinander gesorgt war. Ein den Zeiten angemessener Tagelohn sollte ein finanzielles Auskommen für alle Beteiligten garantieren, deshalb trat er gegen die seiner Meinung nach zu hohen Tagelöhne ein. Sowohl hinsichtlich der Berechnung der Bauarbeiten im Tagelohn statt im Akkord als im Blick auf die Zunftbräuche schwebte dem Magistrat ein Zustand vor, der seiner Meinung nach vor 1805 gegolten hatte. Aus den oft scharfen Tönen des Magistrats gegenüber Gesellen und Meistern, wenn sie vermeintliche Mißbräuche trieben, kann man entnehmen, daß der Bürgermeister dem Magistrat eine kontrollierende Rolle zudachte. Im Ganzen gesehen vertrat er damit eine konservativ-rückwärtsgewandte Meinung, die im Gegensatz zur teils liberal gefärbten, teils absolutistischen Regierungspolitik stand.

Die Frage der Behandlung der verheirateten Gesellen wurde bald wieder aufgeworfen. 1826 ersuchten die Gesellen der Itzehoer Zimmererzunft um ein dann allerdings abgelehntes Verbot, fremde Gesellen einzustellen, solange noch einheimische ohne Arbeit seien.[80] Offenbar im Zuge dieser Auseinandersetzung wurde die entsprechende Sitte der Maurerzunft erneut diskutiert. Die Maurermeister verdeutlichten, daß sie dieses Zunftrecht aufgehoben wissen wollten. Die Regierung sah darin nach wie vor einen Mißbrauch. 1826 entschied sie, daß das Recht nur noch für die zu dem Zeitpunkt am Ort ansässigen, verheirateten Gesellen gelten solle, nicht aber für solche, die sich nach 1826 als Verheiratete in Itzehoe niederlassen würden.[81] Damit war denn auch dem oben erwähnten Verhalten

[77] Vgl. F. Hähnsen, Geschichte, S. 455.
[78] Oftmals wurde in anderen Orten verheirateten Gesellen von seiten der Meister die Arbeit verweigert. S. Göttsch, Auf Brüder, S.39.
[79] LAS 65.2, 795 II v. 18. Aug. 1817.
[80] StA Itz 247, 19 (-).
[81] StA Itz 220, 17 (4).

vieler Gesellen, durch eine zeitige Heirat schnell seßhaft werden zu können, ein Riegel vorgeschoben worden.

Die Situation in den Itzehoer Zünften

1818 erwog D. H. Rötger Zuzugsbeschränkungen. Der Bürgermeister hob die Konkurrenz der besonders aus Preußen, Sachsen und Hannover stammenden Gesellen mit den einheimischen hervor. In Itzehoe gebe es ein Dutzend von ihnen, die geheiratet und sich zur Meisterwerdung gemeldet hätten. Sie seien so arm, daß sie noch nicht einmal die Kosten des Verfahrens tragen könnten, einige gingen davon und ließen ihre Frauen sitzen, andere fielen der Armenkasse zur Last. Auch sei ihre Geschicklichkeit so gering, daß sie kaum in den von ihnen gewählten einfachen Handwerken, hauptsächlich seien es Schuster und Schneider, die Meisterstücke verfertigen könnten.[82]

In den dreißiger Jahren spitzte sich die Situation erheblich zu. 1836 spricht Bürgermeister D. H. Rötger davon, daß in den letzten 20 bis 30 Jahren die Anzahl der Mitglieder bei allen Gewerken auf das Doppelte gestiegen seien. Eine ganze Menge müßten *„den Spaten zur Hand nehmen"*, d.h. als Tagelöhner arbeiten, um etwas dazu zu verdienen, aber keinen halte dies von einer Niederlassung ab, um sich in der Not einzurichten. Er behauptete, in der Qualität schlechte Arbeit sei die Folge.[83]

Allgemein in Deutschland waren die Handwerksberufe überbesetzt. Viele versuchten der Not zu entkommen und wurden Meister in Gewerken wie Schneider und Schuster, die keine hohen Investitionen bei der Niederlassung und beim Meisterwerden erforderten. Sie fristeten meist als Einzelmeister ein Leben, in dem sie sich kaum selbst ernähren konnten.[84]

Die Itzehoer Maurermeister waren ebenso wie die Zimmermeister nur schwach von diesem Wandel erfaßt. Von 1787 bis 1827 blieb im Maureramt die Zahl der Meister mit den üblichen Schwankungen bei fünf. 1827 gab es neben den fünf Meistern 28 einheimische Gesellen und 12 Lehrlinge in Itzehoe. 1845 waren es 8 Meister und insgesamt 44 Gesellen und Lehrlinge. Bei den Zimmerern ist die Zunahme etwas deutlicher. 1787 gab es 4 Meister, 1827 5 Meister, 26 Gesellen und 3 Lehrlinge und 1845 7 Meister und 30 Gesellen und Lehrburschen zusammen.[85]

Für die seßhaften Itzehoer Bauhandwerker stellten die wandernden Gesellen ein wesentliches Problem dar. Die wandernden Handwerker hatten einen üblen Ruf, der zum Teil der schlechten wirtschaftlichen Lage entsprang, in der sie sich befanden,[86] zum großen Teil sicher auch nur Vorurteil war. Arbeit war oft wegen der Situation auf dem Arbeitsmarkt nicht zu finden.[87] Und die Unterstützung, die sie von seiten der Zunft als *„Geschenk"* oder *„Reisegeld"* bei den Wanderungen erhielten, reichte nicht aus. Hieran änderte auch die staatliche Regelung von 1831 nichts, nach der sie den Zehrpfennig erhielten.[88] Manchmal waren die Gesellen zum Umhertreiben und zur aggressiven Bettelei gezwungen. Zudem sahen sie sich nicht nur von offizieller Seite und großen Teilen der Bevölkerung verachtet, sondern auch die seßhaften Gesellen und Meistern betrachteten sie als Belastung, denn sie hatten von ihrem oft kargen Lohn und Einkommen die Kosten des Zehrpfennigs zu tragen.[89]

[82] StA Itz 198, 16 (—).
[83] LAS 65.2, Nr. 3538, f. 255.
[84] HWSG, Bd.2, S. 323/324 u. 347.
[85] 1787: StA Itz 198, 7 (3); — vgl. R. Gieseler, Itzehoe, S.99; — 1827: StA Itz 22, 1 (4); — 1845: Volkszählung 1845, StA Itz 23, 5 (1-24).
[86] Vgl. S. Göttsche, Auf, Brüder, S. 39; — Kai Detlef Sievers, Vaganten und Bettler auf Schleswig-Holsteins Straßen, in: ZSHG 114 (1989), S. 62/63.
[87] Vgl. S. Göttsch, Auf Brüder, S. 39.
[88] Chr. Slg. 1831, Nr. 84.
[89] S. Göttsch, Auf, Brüder, S.37/38.

So wurde 1833 bestimmt, daß die Gesellen einen Beitrag leisten sollten, der 2 1/2 ß nicht überschreiten sollte.[90] 1835 drangen die Itzehoer Zünfte auf Abschaffung des Zehrpfennigs.[91]

1846 hatten sich die Älterleute des Maureramtes über die hohe Belastung beschwert und gefordert, den Zehrpfennig zu streichen. Mit Ihrer Antwort trug die Regierung sicher ungewollt zur Politisierung der Handwerker bei: Statt eine Entscheidung zu treffen, verwies sie auf die Ständeversammlung desselben Jahres, in der die neue Gewerbeordnung beraten werden sollte.[92] Die Gewerbeordnung sah u.a. die Aufhebung des Wanderzwangs und des Zehrgeldes vor, wurde aber nicht verwirklicht. 1849 wurde die Brüderschaft der Zimmergesellen von der provisorischen Regierung gepfändet, weil sie sich öfter geweigert hatte, den Zehrpfennig zu zahlen.[93] Der Konflikt schwelte also weiter.

Nach den hier angeführten Schreiben besetzte das Konkurrenzdenken ab Mitte der zwanziger Jahre zunehmend das Bewußtsein der Gesellen und der Meister. Angesichts der Konkurrenz auf dem Bausektor vor dem Hintergrund der langanhaltenden Krise sind die Mittel, die dem zünftigen Denken entsprechen, wie Vorrang der einheimischen verheirateten Gesellen vor den fremden oder von Seiten der Meister das Schließen der Zunft, anachronistisch. Die Meister mußten sich zusehends dem Preisdruck der Bauherren fügen und versuchten, sich mit billigen Arbeitskräften zu retten, was die Löhne nachhaltig senkte. Die Gesellen führten zunehmend eine Existenz, die oft dem unsicheren Leben der Tagelöhner oder Arbeiter glich. Das im Handwerk tradierte Bestreben, möglichst allen Mitgliedern des Amts „Nahrung" zu geben, ließ nur vereinzelt größere, strukturell bedingte Arbeitslosigkeit aufkommen. Statt dessen teilte man die Arbeit auf, was eine Unterbeschäftigung und Einkommensminderung zur Folge hatte.[94] Eine Ausweichmöglichkeit in die Industrie bot sich den Itzehoer Gesellen in der überwiegend kleingewerblich strukturierten Stadt auch nicht.

Neue Organisationsformen der Gesellen und Lehrlinge

Traditionell waren die Gesellen in Gesellenschaften bzw. Gesellenbrüderschaften organisiert, die einerseits rechtlichen und sozialen Schutz in den verschiedenen Orten boten, andererseits auf Recht und Sitte bei den Gesellen achteten. Ihnen oblag z. T. die Arbeitsvermittlung, und sie hatten eine gewisse Kontrollfunktion gegenüber den Meistern hinsichtlich deren korrekten Verhaltens, aber auch im Hinblick auf die Löhne.[95] Diese Organisationen waren aber den Staaten des deutschen Bundestages ein Dorn im Auge. *„Die auf Stärkung des Eigenstaatsbewußtseins bedachten und zudem anhaltend in Revolutionsfurcht lebenden deutschen Staatsgewalten konnten sich nicht mehr abfinden mit genossenschaftlichen Solidaritätsverbänden von der Art der Gesellenschaften. Der Geselle wurde in die eigene Jurisdiktion genommen."*[96] 1830 wurden aus Furcht vor Gesellenunruhen und Zusammenschlüssen Wanderbücher als Ersatz für die alten von der Zunft geführten Kundschaften eingeführt.[97] Jeder Geselle hatte es bei Annahme einer neuen Arbeit in einem Ort oder nur bei einer Übernachtung der Polizei

[90] StA Itz 248, 3. War die nächste Stadt mit entsprechender Zunft bis zu drei Meilen entfernt, sollten 2 1/2 ß an den wandernden Gesellen gezahlt werden, darüber 5 ß. Vgl. F. Hähnsen, Kieler Handwerksämter, S. 447.

[91] StA Itz 248, 16 (3).

[92] StA Itz 222, 3 (1); — S. Göttsch, Auf Brüder, S.38.

[93] StA Itz 248, 16 (3).

[94] HWSG, Bd. 2, S. 13; — vgl. H. U. Wehler, Deutsche Gesellschaftsgeschichte, München 1987, Bd. 2, S. 58.

[95] Herbst des alten Handwerks, hrsg. v. M. Stürmer, München 1979, S. 153 ff. u. S. 168.

[96] Vgl. hierzu W. Schieder, Anfänge der deutschen Arbeiterbewegung, Auslandsvereine im Jahrzehnt nach der von Julirevolution 1830, Stuttgart 1963 (Industrielle Welt 33), S.86.

[97] Chr. Slg. 1830, Nr.26.

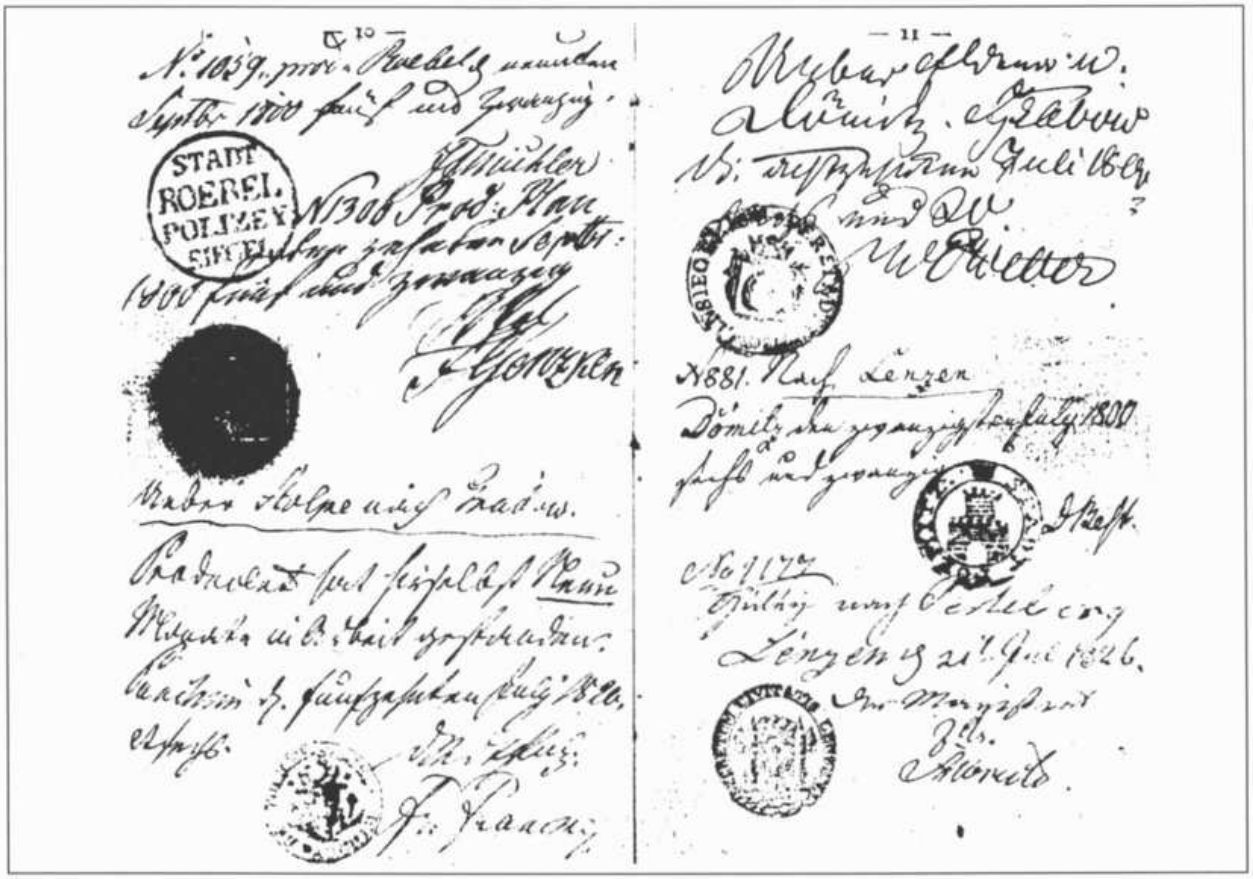
vorzulegen; bei der Abreise wurde ihm dann das Wanderbuch bei ordnungsgemäßem Verhalten mit entsprechenden Vermerken ausgehändigt. So wurde eine intensive polizeiliche Kontrolle eingeführt, die die Freizügigkeit und korporative Eigenständigkeit einschränkte.[98]

Aufgrund ihrer schlechten Lebensbedingungen im Vormärz wurden sich die Gesellen in Mitteleuropa zunehmend der politischen Dimension ihrer Probleme bewußt und versuchten, sich zu organisieren. Gezwungen durch die Reaktionszeit in Deutschland wurden die ersten politischen Vereine und Assoziationen in der Schweiz, in Paris und London gegründet, von denen starke Impulse zur Politisierung der deutschen Gesellen, Arbeiter und Intellektuellen ausgingen.[99]

Die Deutsche Bundesversammlung wandte sich gegen politische Verbindungen, und im Rahmen dieser repressiven Politik der Fürsten wurden auch Wanderungen in die Länder verboten, die Gesellenassoziationen zuließen. Dieses Wanderungsverbot von 1835 betraf auch die Gesellen in Holstein als Teil des Deutschen Bundes.[100]

Eben auch der dänische Gesamtstaat beteiligte sich an diesen Maßnahmen, und sicher nicht nur, weil Holstein Teil des Deutschen Bundes war und er dessen Gesetze übernahm. Die Regierung war auch durch Revolutionsfurcht motiviert. Ab 1835 wurden die Gesellenschaften im Gesamtstaat verstärkt überwacht.[101] 1841 erklärte der Magistrat gegenüber der Regierung, die angefragt hatte, ob es unerlaubte Gesellenverbindungen gäbe, daß am Ort keine gefährlichen Brüderschaften existierten.[102]

[98] W. Schieder, Anfänge, S. 87.
[99] Vgl. W. Schieder, Anfänge, S. 85 ff.
[100] Chr. Slg. 1835, Nr. 128.
[101] Den Gesellen wurden Wanderungen in Länder untersagt, in denen notorisch Handwerker-Associationen in Versammlungen geduldet werden, Chr. Slg. 1835, Nr. 37. — Vgl. S.Göttsch, Auf Brüder, S. 41. und K. D. Sievers, Vaganten und Bettler, S.63.
[102] StA Itz 200, 9 (—).



Eine Seite aus dem Wanderbuch des Wilsteraner Schlachtergesellen Nicolaus Kuhrt (Quelle: Kreis- und Stadtarchiv Itzehoe 5168).
Die wandernden Gesellen mußten das Wanderbuch von der Polizei der jeweiligen Orte, in denen sie Station machten, abstempeln lassen. Dies sollte eine lückenlose polizeiliche Überwachung der Gesellen möglich machen und damit Unruhen verhindern.

Die Vereine der Gesellen und Lehrlinge in Itzehoe

Die Gesellen versuchten aber auch mit anderen Institutionen als den Brüderschaften ihre Lage zu verbessern. Es wurde ausgehend von den Auslandsorganisationen der Gesellen u.a. versucht, über die Bildung durch Bildungsvereine eine bessere Situation herbeizuführen, wobei auch aufklärerische Bürgerliche Pate standen. Auch in Schleswig-Holstein engagierten sich zunehmend die Gesellen und auch Bürger auf diese Weise.[103]

So gründeten die Itzehoer Gesellen — mit Unterstützung zweier Pastoren und eines Lehrers — bereits 1845 einen Gesellenverein, über den das Itzehoer Wochenblatt anläßlich des zweiten Stiftungstages, der feierlich am 22. April 1847 begangen wurde, berichtete.[104] Der Verein wurde demnach nach Vorbildern gegründet, die die wandernden Gesellen an anderen Orten kennengelernt hatten. Es ist aus dem Bericht nicht ersichtlich, ob diese Orte im Ausland lagen, wo die Vereine zuerst entstanden, oder ob es bereits Neugründungen in Deutschland wie der 1844 gegründete Hamburger Arbeiterbildungsverein[105] waren. Ein Einfluß des Itzehoer Tischlergesellen Peter Carl Lange, der eine Gemeinde des Bundes der Gerechten in Paris leitete, einer frühen Organisation der Arbeiterbewegung, ist nicht festzustellen. Da die ersten Direktoren ein Lehrer und zwei junge Pastoren waren, stand der Verein eher dem aufklärerisch-liberalen Bildungsgedanken nahe.[106] Die Aufgabe des Itzehoer Vereins war es, seinen Mitgliedern, die Gesellen sein mußten, nach Feierabend nützliche Unterweisung und angenehme Unterhaltung zu bieten. Ortsansässige Lehrer unterrichteten unentgeltlich im

[103] Vgl. H. V. Regling, Die Anfänge; — E. M. Flick, Der Rendsburger Arbeiterverein; — G. Krämer, Frühe Arbeiterbewegung; — ders., Mann der Arbeit aufgewacht — Die Altonaer und Ottensener Gemeinden des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, in: Demokratische Geschichte II, 1988.

[104] Itzehoer Wochenblatt vom 22.04. 1847.

[105] A. Herzig, Kontinuität, S. 311.

[106] Vgl. zu Lange: Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung, S. 133, Anm. 7.; — zu den Gründungsdirektoren: IW 17.4.1845.

Wir Aelterleute und sämtliche Amtsmeistere des löblichen Schneider-Amts in dem Königl. Flekken Bredstedt, im Schleswig-Holsteinischen gelegen, bescheinigen hiemit, daß gegenwärtiger Gesell, Namens Johin Nicolaus Rösch aus Roeckstedtfude gebürtig, so 52 Jahr alt, von Statur Mittelmäßig auch Blondt von Haaren ist, bey uns allhier - Jahr und 4 Wochen in Arbeit gestanden, und sich solche Zeit über treu, fleißig, stille, friedsam und ehrlich, wie einem jeglichen Handwerks-Gesellen gebühret, verhalten hat; welches wir also attestiren: und deshalben unsere sämtliche Mitmeister, diesen Gesellen, nach Handwerks-Gebrauch, überall zu fördern, geziemend ersuchen wollen. Zu wahrer Urkund haben wir diese Kundschaft mit unserm gewöhnlichen Amts-Siegel bekräftiget. Bredstedt, den 22. Dec. Anno 1811

Ingwer Nickelsen pt Aelterman

Hans Peter Dürksen Aelterman

Arbeitszeugnis für einen Schneidergesellen, 1811 (Quelle: Kreis- und Stadtarchiv Itzehoe 5167). Es bescheinigt, daß der Inhaber sich treu, fleißig, stille, friedsam und ehrlich, wie es einem jeglichen Handwerks-Gesellen gebühret, verhalten hat.

Rechnen, Zeichnen, Singen und Schreiben, und wöchentlich wurden geschichtliche Vorträge gehalten, über deren Inhalt aber nichts bekannt ist. Darüber hinaus wurde die Möglichkeit geboten, Briefe zu schreiben, für wandernde Gesellen sicher eine wichtige Sache. Eine kleine Vereinsbibliothek war durch Spenden entstanden. Eine Politisierung der Gesellenschaft über den Bildungsverein ist nicht auszuschließen, denn nach W. Schieder war das politische Interesse Teil des allgemeinen Bildungsinteresses.[107]

Der Verein hatte — wegen der wandernden Gesellen — eine naturgemäß wechselnde Mitgliederzahl von 20 bis 40 Personen. Der Mitgliedsbeitrag betrug wöchentlich 2 ß. Die Finanzierung war auch durch zweimalige Zuschüsse der Spar- und Leihkasse gesichert. Der Vorstand bestand aus acht gewählten Vereinsmitgliedern.

Nach 1847 verlieren sich die Spuren des Vereins. Verbindungen zu anderen örtlichen oder überregionalen Gesellenverbindungen sind nicht bekannt. J. H. Gümpel, Sekretär des Lokalkomitees der Arbeiterverbrüderung in Altona, von da ausgehend Vorsitzender des Arbeitervereins in Glückstadt, plante 1849 die Gründung von Arbeitervereinen u.a. in Itzehoe.[108] Demnach war zu diesem Zeitpunkt der Itzehoer Verein schon wieder eingegangen. Auch in den Protokollen der Hauptversammlungen der Schleswig-Holsteinischen Arbeitervereine in Neumünster und in der Korrespondenz des Vorstands, der aus den führenden Demokraten Olshausen, Hedde, Clausen, Neergaard u.a.m. bestand, findet sich kein Hinweis auf die Teilnahme und das Bestehen eines Itzehoer Vereins.[109]

1845 wurde von Pastor Versmann, Tischlermeister Fischer und Maurermeister Hagemann ein Lehrlingsverein gegründet. 1846 schenkte die Sparkasse neben dem Gesellenverein auch ihm 130 m. Der Lehrlingsverein hat ähnliche Ziele wie der Gesellenverein verfolgt. Im Itzehoer Wochenblatt findet sich 1846 der Hinweis auf eine *„Lehrburschenschule"*, die mit dem Verein in Verbindung zu bringen ist.[110]

Während der Gesellen- und der Lehrlingsverein sich bemühten, über die individuelle Bildung die Situation der Gesellen und Lehrlinge zu verbessern und einen Ort der Zusammenkunft zu bieten, widmeten sie sich über den 1847 gegründeten Gesellenkrankenverein der materiellen Seite des Lebens. In ihm wurden die nichtzünftigen Gesellen und Gehilfen der Stadt aufgenommen, die im Krankheitsfall nicht von amtlichen Krankenladen gestützt wurden. Er übernahm die Pflege-, Arzt- und Hospitalkosten. Der Verein strebte an, daß alle Meister ihre Gesellen versichern lassen sollten.[111] Die jährlich veröffentlichten Bilanzen des Julienstifts, des neuen Itzehoer Krankenhauses, weisen die Mitglieder des Gesellenkrankenvereins als eine der hauptsächlichen Benutzergruppen aus.[112] Bewußt angestrebt von den Gesellen wurde eine Beteiligung der Meister, um so einerseits die finanzielle Situation des Vereins zu verbessern und andererseits möglichst alle nicht versicherten Gesellen zu erfassen. Dies gelang auch in den fünfziger Jahren weitgehend. Unklar ist, inwieweit auch die Handlungsgehilfen und nichtzünfti-

[107] W. Schieder, Anfänge, S. 133/134.
[108] Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung, S. 244.
[109] LAS 80, Nr.55 II.
[110] IW 4. 12. 1845; — 150 Sparkasse Itzehoe, S. 32,; — IW 31. 12. 1846.
[111] StA Itz 9, 4 (1—2).
[112] Itzehoer Wochenblatt 1848 ff. jeweils im Januar.

ge Gewerbegehilfen einbezogen werden konnten, wie es das erklärte Ziel des Vereins war.

Die sozialpolitischen Forderungen der Bauhandwerkergesellen in den Erhebungsjahren 1848/49

1848 unternahmen die Itzehoer Bauhandwerkergesellen einen erneuten Anlauf, um die Löhne anzuheben. Aus ihrer Argumentation wird deutlich, in welchem Maße sie nach den Lohnsenkungen von 1820 und 1843 in Not geraten waren (vgl. Tab. b). Mit erheblich gewachsenem politischen Bewußtsein setzten sie auf die veränderte Situation während der Erhebungszeit. Sie umgingen wieder die Meister und den Magistrat und wandten sich direkt an die provisorische Regierung, in der ja zumindest die demokratischen Kräfte um Th. Olshausen Interesse an der Situation der Unterschichten zeigten.

Zum ersten Mal verfaßten die Maurer- und Zimmergesellen die Bitte gemeinsam. Unterschrieben ist die Petition von dem Maureraltgesellen Franz Rodewoldt und dem Zimmereraltgesellen Heinrich Maas. Sie baten um eine Lohnerhöhung *„von 4 ß und eine Neufestsetzung der Arbeitszeit; die alte Arbeitszeitregelung von 1843 hatte eine Lohnsenkung bedeutet. Die Gesellen verwiesen darauf, daß in dem Maurer- und Zimmereramt nur wenige das Meisterrecht erwerben könnten und es daher viele verheiratete Gesellen mit erhöhtem Bedarf gebe. Bei den niedrigen Löhnen sei es aber nicht möglich, für den Winter zu sparen, so daß sie teils darben, teils aber ihre Kinder schon mit 7-8 Jahren zur Fabrikarbeit hergeben müßten, wodurch dieselben fast ohne Unterricht aufwachsen und noch einem elenderen Leben preisgegeben werden, als ihre Eltern."* Wegen dieser Verhältnisse glauben die Gesellen, als Menschen und als Staatsbürger das Recht zu haben, eine *„Erhöhung des Lohnes durch das Gesetz zu verlangen."*[113] Damit strebten sie einen neuen Rahmen für ihren Lohn an, der nicht mehr durch Verhandlungen in der Zunft gebildet werden sollte. Sie reagierten so auf ihre schwache Position gegenüber den Meistern, die sie seit 1820 innehatten.

Die Gesellen wandten sich an die Regierung, ohne vorher Rücksprache mit den Meistern zu halten, *„da es ihr Wunsch ist, jeden Schein von ... Störung der Ordnung zu vermeiden."*[114] Dies ist vielleicht eine Anspielung auf die Tumulte, die wegen einer ungerechten Bestrafung eines Soldaten 1843 die Stadt erschüttert hatten.[115] Möglicherweise hatten die Gesellen auch die in der Zeit ausgetragenen Auseinandersetzung der Insten in Ostholstein mit den Gutsbesitzern und der Regierung, die z. T. recht heftig verlief, im Auge.[116] Auf jeden Fall wollten sie aber wohl einer streikartigen Auseinandersetzung aus dem Weg gehen. Die Gesellen führten weiter aus, daß die Einkommen der Bauhandwerker durch die Kriegseinwirkungen zurückgegangen und neben den städtischen Abgaben die Lebensmittelpreise beständig gestiegen seien, besonders für Fleisch- und Fettwaren.

Die unverheirateten Gesellen sollten gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen, da sie aber niedrigere Bedürfnisse hätten, sollten sie *„einen Theil ihres Lohnes zur Belegung bei der Sparcasse stehen ... lassen, um ihnen für den Fall ihrer späteren Verheirathung, oder in sonstigen Zufällen einen Nothpfenning*

[113] StA Itz 248, 15 (2).
[114] StA Itz 248, 15 (2).
[115] R. Irmisch, Geschichte, S. 288/289.
[116] H. V. Regling (1965), S. 54 ff.

zu sichern."[117] Mit dieser Forderung hatten sie ansatzweise das Konkurrenzdenken überwunden, das sie z.T. auch innerhalb ihrer eigenen Gesellenschaft beherrschte.

Die Gesellen sahen sich im Vergleich mit den Kieler Gesellen, die *„schon jetzt"* 28 ß bekommen würden, und den Altonaer Gesellen, die 30 ß erhielten, benachteiligt.

In dem Schreiben zeigen sich die Auswirkungen des ökonomischen Drucks und der großen Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt auf das Einkommen und die Lebensweise der Maurergesellen. Sogar die Zukunftschancen der Kinder wurden verringert. Die Lage der Gesellen glich nun eher der der Lohnarbeiter als der relativ sicheren Position eines seßhaften, verheirateten Maurergesellen vom Anfang des Jahrhunderts. Die rechtliche und soziale Ordnung der Zunft bestand in Bezug auf die Lohnauseinandersetzungen nicht mehr. Meister und Gesellen standen sich als Unternehmer und Arbeiter gegenüber. Die korporativen Rechte der Gesellenschaft waren sehr eingeschränkt.

Die Altgesellen reagierten auf ihre Situation, indem sie nicht mehr als Bittsteller aus ihrer Stellung innerhalb der Zunftverfassung auftraten, sondern als Staatsbürger mit den gleichen Rechten wie die Meister. Die überkommene Trennung zwischen verheirateten und unverheirateten Gesellen, die die Zünfte der Bauhandwerker geprägt hatte, wurde in den Forderungen aufgehoben. Die weitgehenden Vorstellungen der Gesellen entsprachen nicht mehr dem zünftigen Denken.

Sie beschränkten sich in ihrem Denken aber auf die eigenen Gewerke und zogen keine Parallelen zu anderen Gewerken oder zu den Arbeitern. Die Beschränkung ist aber vielleicht durch die Argumentation im Rahmen einer Lohnforderung geprägt und muß nicht das Denken der Gesellen allgemein beherrscht haben.

Die Forderungen der Itzehoer Gesellen sind liberal-demokratisch gefärbt, es fehlen aber Argumente, die auf den Nationalitätenkonflikt zielen. Ein Einfluß überregionaler Organisationen der frühen Arbeiterbewegung, etwa der Allgemeinen Deutschen Arbeiterverbrüderung, wie er in Altona, Rendsburg oder Glückstadt bestand, ist nicht feststellbar.[118]

Möglicherweise hatten die Itzehoer Gesellen ihr Schreiben mit der Mithilfe des der demokratischen Richtung der schleswig-holsteinischen Liberalen angehörenden K. T. H. Lobedanz verfaßt. Sein Namenszug befindet sich in beschädigter Form auf dem Schreiben der Gesellen. Er war engagierter Jurist und hatte als Redakteur dem Itzehoer Wochenblatt ein deutlicheres politisches Profil gegeben und auch soziale Fragen eingebracht. 1848 war er Kandidat des Itzehoer Bürgervereins für die Landesversammlung und plädierte auch für die Verbesserung der sozialen und wirtschaftlichen Situation der Arbeiter. Er grenzte sich eindeutig vom Kommunismus ab, hielt aber auch den Staat für nicht imstande, Arbeit zu garantieren; hier führte er die französischen Staatswerkstätten als negatives Beispiel an. Statt dessen forderte er, der Staat solle der Arbeiterschaft *„möglichst freie Bewegung gewähren, die freie Vereinigung der Arbeiter zu gemeinschaftlichen Unternehmungen befördern ... so-*

[117] StA Itz 248, 15 (2).

[118] Vgl. G. Krämer, Frühe Arbeiterbewegung, S. 325; — A. Herzig, Organisationsformen, S. 105; — zum Rendsburger Arbeiterverein vgl. E. M. Flick, Der Rendsburger Arbeiterverein, S. 56/57; — zu Glückstadt: Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung, S.243 ff.

wie auch dafür sorgen, daß der Lohn der Arbeit nicht über eine gewisse Gränze hinuntergedrückt werden kann."[119] Lobedanz unterscheidet sich insofern von den Maurergesellen, als daß er Mindestlöhne statt gesetzlich festgelegte Löhne garantiert haben will.

Die provisorische Regierung entschied den Fall nicht, aus einem sehr bürokratischen Grund: Es sei nicht das vorgeschriebene gestempelte Papier benutzt worden. Damit wich sie auch einer grundsätzlichen, gesetzlichen Regelung bezüglich der Lohnfrage aus. Sie stellte aber dem Magistrat anheim, eine gütliche Einigung zu erreichen[120] und eröffnete den Gesellenforderungen damit einige Erfolgschancen. Somit traf sie letztlich eine liberale Entscheidung für die freie Lohnauseinandersetzung und blieb damit bei dem Kurs der gesamtstaatlichen Regierung.

1849 beschlossen die Beteiligten in Itzehoe folgende Regelung: Der Lohn wird, wie es von den Gesellen gefordert worden war, in der Zeit von Mitte April bis Mitte August, dem Sommer, auf 28 ß inclusive Meistergeld angehoben. Wenn der Tag kürzer wird, sollen 2 ß für jede fortfallende Arbeitsstunde gekürzt werden, bis der Lohn sich auf 22 ß (18 ß ohne Meistergeld) als Winterlohn gesenkt hat.[121] Damit hatten die Gesellen ihre Lohnforderungen durchgesetzt. Ob ihre weitergehenderen Forderungen Erfolg hatten, ist nicht festzustellen.

Resümee

In dem Gesuch der Gesellen von 1848 wird deutlich, daß die Bauhandwerkergesellen eher das Leben von handwerklichen Lohnarbeitern als das von zünftigen Gesellen führten. Die veränderten Marktbedingungen in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, die alle Beteiligten zu immer schnellerer Anpassung zwangen, wirkten sich über die Lohnfrage auf die Zunftverhältnisse aus. Den Rahmen bildeten die liberalen Vorstellungen sowohl der gesamtstaatlichen als auch der provisorischen Regierung hinsichtlich der Lohnfrage und der Vorrechte der Zünfte. Dadurch konnte vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Krise nach 1814 eine Konkurrenzsituation unter den Meistern entstehen, die das Verhältnis zu den Gesellen nachhaltig veränderte. Die Meister brachen 1820 mit der Zunftsolidarität und senkten die Löhne. 1826 wandten sie sich auch gegen die zünftigen Regelungen, die die einheimischen Gesellen vor den fremden schützte, und machten sich so die zunehmende Konkurrenz zwischen den Gesellen zunutze. Bei ihrem Vorgehen bedienten sich die Meister der Zunft, um geschlossen ihre Vorstellungen in die Tat umzusetzen. Da sie sich im Einklang mit den Bauherren befanden, bewegten sie sich im rechtlichen Rahmen, der von der Regierung 1805 und 1810 festgelegt worden war.

Im Gegensatz zu den Meistern fehlte den Gesellen eine praktische Handhabe, um ihre Interessen durchzusetzen. Die Regierung achtete auf das Koalitionsverbot, so daß die Gesellen weder die Meister schimpfen noch streiken konnten. Die Gesellenschaften konnten die Gesellen nur nutzen, um ihre Bitten an die Regierung zu formulieren. Die Einschränkung der korporativen Eigenständigkeit der Zünfte traf die Gesellen insofern härter als die Meister.

[119] Lobedanz formulierte 1848 im IW v. 26.7.1848 sein Wahlprogramm.

[120] StA Itz 248, 15 (3).

[121] StA Itz 222, 7 (6) vom 17.03.1853; — nähere Informationen über den Verlauf der Auseinandersetzung haben wir nicht.

Die Position der Gesellen wurde zudem durch die Politik der Magistrate geschwächt. Von 1805 bis 1814 vertrat der Magistrat einseitig die Bauherreninteressen. Dann, unter dem konservativen Bürgermeister D. H. Rötger, strebte er mit gesellenfeindlicher Tendenz die Wiederherstellung der überkommenen Zunftverfassung des 18. Jahrhunderts an. Eine grundsätzlich neue Position ist auch nach D. H. Rötgers Amtszeit nicht zu erkennen.

Eine Verbesserung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Lage konnte den Gesellen in dieser Situation kaum gelingen, ohne die alten zünftigen Vorstellungen zu überwinden. Verschlechtert wurde ihre Position zudem noch durch die in den dreißiger und vierziger Jahren immer stärker werdende Konkurrenz unter den Handwerksgesellen, so daß auch während des leichten wirtschaftlichen Aufschwungs, der ab 1832 in der Stadt herrschte, keine Lohnerhöhung durchgesetzt werden konnte.

1848 hatte sich ihr soziales und politisches Denken aber soweit von zünftigen Vorstellungen gelöst, daß es ihnen gelang, unter den veränderten politischen Bedingungen den Boden für eine Lohnerhöhung vorzubereiten. Sie strebten mit dem Lohngesetz einen neuen Rahmen für ihre Löhne an, um eine stärkere Ausgangsposition zu erreichen. Zudem hatten sie z. T. das Konkurrenzdenken überwunden. Einflüsse der entstehenden organisierten Arbeiterbewegung und der bürgerlichen liberal-demokratischen Richtung haben ihr Denken beeinflußt. Die liberaldemokratische Prägung ihres neuen politischen Denkens stellt keine Ausnahme innerhalb der frühen Arbeiterbewegung der damaligen Zeit dar, denn eine praktische Trennung von proletarischer und bürgerlicher Demokratie setzte sich erst in den 60er und 70er Jahren durch.[122] In Hamburg etwa ignorierten die dem Weitlingschen Handwerkerkommunismus im weiteren Sinne anhängenden Führer des Arbeitervereins die aus den Reihen der Zentralbehörde des Bundes der Kommunisten kommende Kritik an dem ihrer Meinung nach zu offenen Konzept, das den Demokraten zu nahe käme.[123] Begünstigt durch den Wirtschaftsaufschwung erreichten die Gesellen in Itzehoe die Lohnerhöhung dann — nach 1848 — auch, obwohl die Zuwanderungen deutlich zugenommen hatten.

Es ist wohl ebenso wie bei den Bauhandwerkern auf die sich nur schleppend entwickelnde, noch überwiegend kleingewerblich strukturierte Stadt zurückzuführen, daß sich die Gesellen des Gesellenvereins noch nicht mit den Arbeitern solidarisierten, wie es ihre Kollegen in den wirtschaftlich weiterentwickelten Städten Rendsburg oder Altona in Ansätzen taten. Die Wirtschaftsstruktur Itzehoes zu Beginn der Industrialisierung entsprach insofern noch mehr als in anderen Städten zünftlerischen Vorstellungen als einem offeneren, gewerkschaftlichen Bewußtsein. Aber man darf sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß fast die gesamte frühe deutsche Arbeiterbewegung überwiegend eine Handwerksgesellenbewegung war, deren gesellschaftliche Zukunftsideen stark von der alten Zunftordnung geprägt waren.[124]

Die Gründe für das baldige Verschwinden der frühen Orga-

[122] Vgl. J. Kocka, Die Trennung von bürgerlicher und proletarischer Demokratie im europäischen Vergleich, in: Europäische Arbeiterbewegung im 19.Jahrhundert, hrsg. v. J. Kocka, Göttingen 1983, S. 6.

[123] A. Herzig, Organisationsformen, S. 104/105; — W. Schmidt, Arbeiter und Bürger in der Revolution von 1848/49 in Hamburg, in: Arbeiter in Hamburg, hrsg. v. A. Herzig u.a., Hamburg 1983, S. 117/118.

[124] Vgl. R. Stadelmann, Das Jahr 1848 und die deutsche Geschichte, in: Die deutsche Revolution von 1848/49, hrsg. v. D. Langewiesche, Darmstadt 1983 (WdF 164), S. 28/29.

nisationen der Arbeiterschaft in Itzehoe bleiben im Dunkeln. Eventuell sind es aber ähnliche, die nach J. H. Gümpel den stockenden Fortgang des Aufbaus eines Glückstädter Bildungsvereins 1849 verursachten: *„Es trat die allgemeine Wehrpflicht ein und viele mußten Soldat werden, wodurch der Verein geschwächt wurde. Infolge unserer Parteinahme für die entschieden freisinnige Partei hatten wir Anfeindungen von den Reactionairs zu erleiden ... Infolge unseres Auftretens für die Verbesserung der Lage des Arbeiters hatten wir Anfeindungen von den Spießbürgern und Zünftlern zu erdulden."*[125]

[125] Die Allgemeine Deutsche Arbeiterverbrüderung 1848-1850, S.244.

Währungsangaben:
m = Mark (1 m = 16 ß)
ß = Schilling
Rt. = Reichstaler (1 Rt. = 3 m)